



Unter Führung der Sowjetunion, Schulter an Schulter mit allen friedliebenden Völkern, im gemeinsamen Kampf mit den Friedenskämpfern aller europäischen Länder werden wir verhindern, daß Deutschland erneut zum Kriegsschauplatz gemacht wird. Das aber erfordert von allen Deutschen das entschlossene Bekenntnis zum Frieden. Darum geben wir morgen in der Volksbefragung unser Ja gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch in diesem Jahr.

Liebe Landsleute in der Deutschen Demokratischen Republik!

Angesichts der Unterdrückung und des Terrors gegen die Friedensfreunde und Patrioten in Westdeutschland, angesichts der Hetze und Verleumdung, die dort betrieben wird, ist die morgen beginnende Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik von ganz besonders großer Bedeutung. Als sich der Düsseldorfer Hauptausschuß für die Volksbefragung an unsere Regierung mit der Bitte wandte, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages auch in unserer Republik durchzuführen, da haben wir ohne Zögern ja gesagt. Unsere Regierung hat die Meinung des Volkes nicht zu fürchten. In unserer Republik ist die Entmilitarisierung durchgeführt. Bei uns sind die Kräfte des kriegslüsternden deutschen Monopolkapitals entmachteter. Das Gesetz zum Schutze des Friedens unterbindet alle Kriegs- und Rüstungspropaganda. Unsere Volkspolizei dient dem Schutze des Volkseigentums, der demokratischen Ordnung und des Friedens. Sie kann von keinem Monopolkapitalisten für imperialistische Raubkriege mißbraucht werden. Unsere Regierung und die Volkskammer haben alle nur denkbaren Schritte unternommen, um eine gesamtdeutsche Verständigung herbeizuführen und einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zu erreichen. Bei uns wird die Volksbefragung zu einem machtvollen Bekenntnis zur Einheit Deutschlands und zum Frieden werden.

Die Volksbefragung in unserer Republik hat entscheidende Bedeutung für ganz Deutschland. Sie erfolgt über die gleiche Frage und mit dem gleichen Stimmzettel wie in Westdeutschland. Sie wird den Beweis erbringen, daß sich das deutsche Volk, wo es frei und ungehindert entscheiden kann, in aller Einmütigkeit gegen die Remilitarisierung und gegen die amerikanischen

Kriegsvorbereitungen entscheidet. Sie wird Zeugnis dafür ablegen, daß unser Volk sein gutes Recht auf den Abschluß eines Friedensvertrages nicht preisgibt, sondern mit Entschlossenheit verteidigt. Die Volksbefragung in unserer Republik wird unseren westdeutschen Landsleuten helfen, sich ihr verfassungsmäßiges Recht auf eine freie und unbehinderte Volksbefragung zu erzwingen. Sie wird sie in ihrem schweren Kampf ermutigen und begeistern. Unser einmütiges Ja bei der Volksbefragung wird also ein machtvolles Bekenntnis zur Einheit der friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands sein.

In der vergangenen Woche hat der Kriegsblock der Westmächte unter dem Kommando von Eisenhowers Hauptquartier große Luftmanöver durchgeführt. Es wurde darüber gemeldet, daß Bomber der amerikanischen Luftflotte, die in England stationiert sind, sowie britische Bomber Ziele in Nord- und Nordwesteuropa angegriffen hätten. Wer von euch erinnert sich bei solchen Meldungen nicht unwillkürlich an die fürchterlichen Bombennächte des zweiten Weltkrieges? Durch Bombenangriffe hat allein die Stadt Halle im zweiten Weltkrieg 360 Häuser und 8300 Wohnungen verloren. Mehr als 20 000 Einwohner sind unter den amerikanischen Bombenteppichen ums Leben gekommen. Wir alle wissen, daß in vielen Städten Deutschlands die Opfer dieser barbarischen Kriegführung noch größer waren. Die unmenschlichen Grausamkeiten gegen das tapfere koreanische Volk beweisen uns, daß die amerikanischen Kriegsverbrecher ihren Luftkrieg heute noch barbarischer führen. Wer seinen Kindern und sich selbst die Schrecken einer solchen Kriegführung ersparen will, der muß mit aller Entschiedenheit für den Frieden eintreten. Bei der Volksbefragung sagt ihr morgen nicht nur ja gegen die Remilitarisierung, sondern auch ja zu der Friedenslösung: *„Nie wieder Bombennächte! Nie wieder amerikanische Bombenteppiche!“*

Unser Ja bei der Volksbefragung ist aber auch ein Bekenntnis zur Politik des friedlichen Aufbaus in unserer Republik. Ich habe bereits den tiefen Unterschied aufgezeigt, der zwischen der Rüstungswirtschaft in Westdeutschland und unserem planmäßigen Aufbau der Friedenswirtschaft besteht. Dieser Gegensatz ist so augenfällig, daß ihn selbst die Kriegshetzer nicht leugnen

können. Das Blatt der englischen Regierung, die Londoner „Times“, hat vor knapp zwei Wochen zugegeben:

„Britische und amerikanische Fachleute verneinen die Berichte, daß in Ostdeutschland eine Rüstungsindustrie aufgebaut würde. Die metallurgische und die Maschinenbauindustrie produzieren keine Kriegsausrüstungen.“

Das Blatt der englischen Imperialisten hat ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesagt. Unsere Industrie arbeitet nicht für den Krieg, sondern für den Frieden. Wir bauen Maschinen für unsere Friedensindustrie und den friedlichen Export. Die amerikanischen Kriegstreiber haben gerade deshalb den kalten Wirtschaftskrieg gegen uns eröffnet. Auf Befehl des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy wird ein Generalangriff gegen den innerdeutschen Handel geführt. Die Leidtragenden dieses Kampfes gegen den Ost-West-Handel sind in erster Linie die westdeutschen Werktätigen. Er vermehrt die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Westdeutschland. Er zerreißt das Wirtschaftsgefüge Deutschlands noch mehr. Er soll die Deutschen in Ost und West voneinander entfremden und isolieren. Wir aber wollen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherstellen. Wir wollen die Verständigung der Deutschen auch auf geschäftlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Darum ist das Ja bei der morgigen Volksbefragung auch ein Ja zu der gesamtdeutschen Losung: *„Nieder mit den Wirtschaftsschranken zwischen Ost und West! Nieder mit der amerikanischen Blockade des innerdeutschen Handels!“*

Die Amis und ihre westdeutschen Lakaien irren sich jedoch, wenn sie glauben, mit ihrem Kampf gegen den innerdeutschen Handel unsere friedliche Wirtschaftspolitik stören zu können. Wir bauen unsere Hüttenindustrie aus, wir treiben unseren Schwermaschinenbau voran. Das erfordert zwar zusätzliche Anstrengungen; aber es sichert unseren friedlichen Aufbau. Unsere Aktivisten, unsere Techniker und Ingenieure haben gerade in diesen Wochen auf der Friedenswacht besonders hervorragende Leistungen vollbracht. Täglich konnten die Zeitungen lange Listen mit konkreten Selbstverpflichtungen von Arbeitern und Angestellten, Technikern und Wissenschaftlern, Landarbeitern

und Bauern veröffentlichen. Unsere Arbeiter erhöhen ihre Leistungen und führen neue Arbeitsmethoden ein. Unsere Techniker und Ingenieure verbessern die Fertigungsverfahren. Unsere Konstrukteure schaffen neue Maschinen. Unsere Wissenschaftler erforschen neue Rohstoffe und ihre Anwendung. Unsere Bauern steigern die Erträge der Landwirtschaft und verbessern die Viehzucht. Alle diese Leistungen zeigen der Bevölkerung ganz Deutschlands, wie durch friedliche Arbeit die Zukunft unseres Volkes gesichert wird. Darin kommt die Verkörperung des Bündnisses zwischen Arbeitern, Intelligenz und der Bauernschaft zum Ausdruck.

In dieser Arbeit für den Frieden und eine schönere Zukunft unseres Volkes nehmen die halleschen Betriebe einen ehrenvollen Platz ein. In den halleschen Kleiderwerken hat die Heldin der Arbeit, Luise Ermisch, die erste Qualitätsbrigade gebildet. Aus den Halle-Saale-Werken ging der Held der Arbeit Gustav Zabel hervor. In den halleschen Pumpenwerken haben die Nationalpreisträger Opitz und Wolf den ersten Aktivistenplan ausgearbeitet. Hier haben die Ingenieure Müller und Chemnitz die praktische Anwendung der sowjetischen Kowaljow-Methode eingeleitet. Der Hauptbuchhalter Gerhard Opitz hat im März dieses Jahres den Plan zur Verbesserung der betrieblichen Abrechnung ausgearbeitet. Diese Beispiele zeigen, daß die Arbeiterschaft und die technische Intelligenz der halleschen Betriebe sehr viel dazu beitragen, die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne zu gewährleisten. Solche Leistungen konnten vollbracht werden, weil die Arbeiter und Angestellten, die Techniker und Ingenieure von dem Bewußtsein erfüllt sind, daß sie dem friedlichen Aufbau dienen. *Bei uns sind die Aktivisten der Arbeit auch Aktivisten des Friedens.*

Gestattet mir nun, einige Worte besonders an die deutsche Jugend zu richten. Die Jugend ist in erster Linie von der Remilitarisierung und den amerikanischen Kriegsvorbereitungen bedroht. Sie soll die deutschen Söldner für die amerikanische Europa-Armee stellen. Sie soll ihr Leben und ihre Gesundheit für fremde imperialistische Interessen opfern. Schon heute wird ihr in Westdeutschland ihre Zukunft geraubt. 700 000 Jugendliche sind in Westdeutschland ohne Arbeit und ohne Beruf. Sie haben

fast keine Aussicht, einmal qualifizierte Facharbeiter oder geschulte Techniker und Ingenieure zu werden. Den befähigten Söhnen und Töchtern der Arbeiter und Bauern ist dort der Zugang zu den Hochschulen und Universitäten verschlossen. Mit Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit hoffen die Kriegstreiber, die westdeutschen Jugendlichen zu Söldnern zu pressen.

Durchaus anders ist die Lage der Jugend in unserer Republik. Allein in diesem Jahr soll die Zahl der Lehrlinge in unseren Betriebs-Berufsschulen um die Hälfte erhöht werden. Die Zahl aller Berufsschüler steigt um ungefähr 10 Prozent, die der Oberschüler um 6 Prozent. In diesem Jahr werden bei uns mehr als 25 000 Stipendien bereitgestellt, um befähigten Arbeiter- und Bauernkindern den Besuch der Hochschulen und Universitäten zu ermöglichen.

Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin zeugen von dem Vertrauen, das sich die Jugend unserer Republik bei den friedliebenden Völkern der Welt bereits erworben hat. Dieses Vertrauen wird unsere Jugend auch bei der Volksbefragung rechtfertigen. Eben weil es um die Zukunft der Jugend geht, haben wir auch den 16- bis 18jährigen das Recht gegeben, sich auf Jungwählerlisten an der Volksbefragung zu beteiligen. Unsere Jugend lernt, arbeitet und kämpft unter der schönen Losung „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens!“ Sie wird morgen diese Bereitschaft mit einem einstimmigen Ja aller Jugendlichen unter Beweis stellen.

Deutsche Frauen und Mütter! Ihr habt im zweiten Weltkrieg besonders schwer zu leiden gehabt. Euch wurden die Männer und Söhne genommen. Selbst vor euren Jüngsten hat der Luftkrieg nicht haltgemacht. Amerikanische Bomben und Phosphorkanister haben eure Heime zerstört, euer schwer erarbeitetes Hab und Gut verbrannt oder vernichtet. Soll sich das alles noch einmal und noch schlimmer wiederholen?

Ich weiß, ich spreche euch allen aus dem Herzen, wenn ich sage, das darf nicht sein. Um eurer Kinder, um eurer Familien willen müßt ihr euch einreihen in das große Heer der Frauen, die heute aktiv für den Frieden kämpfen. Das Glück eurer Familie und die Zukunft eurer Kinder erfordern von euch, daß ihr morgen

einstimmig euer Ja gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag gebt.

Die Frauen unserer Republik haben die volle gesetzliche Gleichberechtigung erhalten. Die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung sind Grundlagen dafür, daß diese Gleichberechtigung auch voll gesichert wird. Die Aktivistinnen und Heldinnen der Arbeit leisten ebenso erfolgreich wie ihre männlichen Kollegen in unseren Betrieben ihre Arbeit für den Frieden. Sorgen wir dafür, daß die Frauen und Mädchen bei uns noch mehr gefördert werden. Bei uns müssen die Frauen alle ihre Fähigkeiten, die so lange durch Ausbeutung und Unterdrückung gefesselt waren, voll entfalten können. Auch dafür braucht ihr den Frieden.

Bauern und Bäuerinnen unserer Republik, denkt morgen daran, daß in Westdeutschland schon wieder Hunderte und Tausende Bauern von ihrem Grund und Boden verjagt werden, damit die fremden Truppen Platz für ihre Kriegsvorbereitungen haben. Die militaristischen Junker, die jahrhundertlang die deutschen Bauern geschunden haben, sind angesichts der Remilitarisierung in Westdeutschland wieder obenauf. Sie hoffen, eure Söhne wieder auf den Kasernenhöfen schinden und an der Front in den Tod schicken zu können.

Diese militaristischen Junker sind in unserer Republik entmacht. Die Bodenreform hat Hunderttausende Bauern in den gesicherten Besitz des von ihnen bearbeiteten Bodens gebracht. Während die Bauern in Westdeutschland durch die ausländischen Einfuhren ruiniert werden, ist euch der Absatz aller Erzeugnisse gesichert. Ja, mehr als das; Staat und Regierung tun bei uns alles, um euch höhere Erträge zu ermöglichen, um die Viehzucht zu verbessern und die Ablieferung immer gerechter zu gestalten. Die Arbeiter unserer volkseigenen Industrie sind euch treue Verbündete, die durch ihre gesteigerte Leistung auch eine bessere Versorgung der Landwirtschaft herbeiführen wollen. Tausende und Zehntausende von Bauern haben in der Vorbereitung der Volksbefragung Selbstverpflichtungen abgegeben, die der Erreichung einer friedensmäßigen Versorgung unserer Städte dienen. Aber gute Ernten gedeihen nur im Frieden. So muß auch die ganze Bauernschaft morgen einmütig mit Ja stimmen.

Umsiedler, Männer, Frauen und Jugend!

Durch die verlogene Propaganda, daß ihr wieder in die alte Heimat zurückkehren werdet, sollt ihr für den amerikanischen Krieg gewonnen werden.

Frauen und Männer von Halle! Liebe Landsleute!

In der Verteidigung des Lebens unseres Volkes dürfen uns weder politische Auffassungen noch Konfessionen trennen. Die Kriegstreiber versuchen, die Unterschiede der politischen oder religiösen Weltanschauungen für ihre niederträchtigen Machenschaften auszunutzen. Das darf ihnen nicht gelingen. Darum möchte ich mich besonders an die Gläubigen der evangelischen Kirche wenden. Mit Hilfe einiger reaktionärer Kirchenbeamter versuchen die Kriegstreiber, christliche Menschen in Gewissenskonflikte zu bringen. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß die oberste Leitung der evangelischen Kirche im Dezember vorigen Jahres in Stuttgart einen Friedensaufruf verfaßt hat. Darin wurde gesagt:

„Wir bitten in der gegenwärtigen bedrohlichen Lage alle Kirchen in der Welt, das Äußerste zu tun, um den Frieden zu erhalten. Wir bitten sie, insbesondere bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr getroffen werden.“

Die große Gefahr für den Frieden besteht gegenwärtig in der Remilitarisierung und den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland. Es ist darum ganz natürlich, daß sich führende Kirchenmänner gegen die Adenauer-Regierung gewandt haben, die die Remilitarisierung betreibt, die Volksbefragung aber verboten hat. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages in unserer Republik die volle Unterstützung aller christlichen Menschen finden muß. Jeder Christ, der der Friedensbotschaft seines Glaubens nicht untreu werden will, muß bei der Volksbefragung ja sagen.

So ist die Volksbefragung Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, jedes einzelnen Deutschen, gleichgültig, in welchem weltanschaulichen oder politischen Lager er steht. Für alle Deutschen, die ihr Volk und Vaterland lieben, kann es morgen

nur eine Entscheidung geben, das ist das Ja gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951. Diese einmütige Willenskundgebung unseres Volkes wird dem Kampf für den Frieden in ganz Deutschland einen neuen Auftrieb geben. Sie wird helfen, die Machenschaften der Kriegstreiber zu vereiteln.

Im Kampf gegen die Remilitarisierung und für den Frieden stehen wir nicht allein. Mit uns ist das unbezwingbare und weltumspannende Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

An der Spitze dieses Lagers steht die unbesiegbare Sowjetunion, geleitet von Stalin, dem großen Führer des Weltfriedenslagers.

In diesem Lager steht das große chinesische Volk, das das Joch der kolonialen Herrschaft der Imperialisten abgeschüttelt hat.

An unserer Seite stehen die Volksrepubliken Europas.

Mit uns kämpfen die Millionen der Friedensanhänger in allen kapitalistischen Ländern.

Diesem Lager des Friedens ist der Sieg gewiß!

Aber der Sieg kommt nie von selbst. Auch der Sieg des Friedens muß erkämpft werden. Denken wir darum stets an die Mahnung des großen Stalin, der uns gelehrt hat, daß

„jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung“¹ ist.

Gerade bei uns in Deutschland kommt alles darauf an, daß die allerbreitesten Massen des Volkes die Erhaltung des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen.

Die morgen in der Deutschen Demokratischen Republik beginnende Volksbefragung wird den überzeugenden Beweis erbringen, daß unser ganzes Volk zu dieser Verteidigung des Friedens bis zum äußersten entschlossen ist. Das wird das einmütige Ja der ganzen Bevölkerung unserer Republik bezeugen. Damit wird das deutsche Volk einen großen Beitrag zur Stär-

¹ „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

kung der Weltfriedensbewegung leisten. Die Völker der Welt helfen uns, die Remilitarisierung zu verhindern und einen gesamtdeutschen Friedensvertrag zu gewinnen. Wir helfen mit unserem Kampf der Weltfriedensbewegung, ihre große Losung zu verwirklichen: *„Der Friede wird den Krieg besiegen!“*

Mit dieser Gewißheit gehen wir morgen zur Volksbefragung und geben unser Ja gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch in diesem Jahre.

Stimmt ein in den Ruf:

Der Friede,

unsere Deutsche Demokratische Republik,

das einheitliche, friedliche und demokratische Deutschland:

sie leben hoch!

„SED-Pressedienst“ vom 2. Juni 1951.

Im Kampf um den Frieden und die Einheit

Am 20. Juli 1950 begann in Berlin der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Vor dem Forum von 2201 Delegierten und 2067 Gästen, vor der Öffentlichkeit unseres ganzen deutschen Volkes und in Anwesenheit von 25 Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien behandelte unser Parteitag die Grundfragen und die elementarsten Lebensinteressen des deutschen Volkes: den Kampf um den Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands, sowie den großen Fünfjahrplan zur Aufwärtsentwicklung der deutschen Friedenswirtschaft. Einstimmig beschloß der Parteitag ein neues Statut, das ein klares und eindeutiges Bekenntnis zur Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin und die ideologisch-organisatorischen Grundlagen zu einer Partei neuen Typus beinhaltet.

In der vom III. Parteitag gegebenen wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Lage und der Aufgaben der Partei wurde die Schwächung und Zersetzung des imperialistischen, antidemokratischen Lagers nachgewiesen. Unter der Führung des amerikanischen Imperialismus unternimmt der Weltimperialismus durch die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges den hoffnungslosen Versuch, mit den ihm innewohnenden unlösbaren Widersprüchen fertig zu werden. Im Kampf gegen die Vorbereitung des amerikanischen Krieges wuchsen und wachsen auch weiterhin die Kräfte des von der Sowjetunion geführten antiimperialistischen Weltfriedenslagers. Der 2. Weltfriedenskongreß im November vorigen Jahres in Warschau und die Tagung des Weltfriedensrates im Februar 1951 in Berlin waren überzeugende Beweise des Willens aller friedliebenden Völker, im Stalinschen Geiste den Frieden bis zum äußersten zu verteidigen.

Im Kampf gegen die Kriegsgefahr

Der III. Parteitag beschloß zur Frage der Erhaltung des Friedens:

„Die wichtigste Aufgabe im Kampf um den Frieden besteht heute darin, die Friedensbewegung allseitig zu verbreitern, dafür zu sorgen, daß Gewerkschaften und Genossenschaften, Organisationen der Frauen und der Jugend, Sport- und Kulturverbände, religiöse und sonstige Organisationen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in die Friedensbewegung einbezogen werden.“¹

Das auf dem Parteitag gewählte Zentralkomitee sah entsprechend dem Beschluß des Parteitages, „die Arbeiterklasse und ihre Partei bilden die Vorhut im Kampf gegen die Kriegsgefahr“, seine entscheidende Aufgabe darin, die gesamte Partei zum Kampf für den Frieden zu mobilisieren und durch die Kraft der Partei alle friedensgewillten Menschen für die Wacht des Friedens zu gewinnen.

Der Kampf um den Frieden war der Ausgangspunkt des Wahlprogramms für die Volkswahlen am 15. Oktober 1950. Der Wahlsieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wurde zu einem entscheidenden Schlag gegen die amerikanischen und deutschen Kriegshetzer. Für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stimmten 99,7 Prozent der Wähler. Sie festigten damit unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung und legten gleichzeitig ein glühendes Bekenntnis für ein einheitliches Deutschland auf demokratischer Grundlage ab. Mehr als 12 Millionen Wähler der Deutschen Demokratischen Republik bekundeten durch ihre Stimmabgabe ihre Zustimmung zur Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, zu der Linie ihres Kampfes für die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands.

Auf dem III. Plenum des Zentralkomitees am 26. und 27. Oktober 1950 wurde eine Entschließung zum Ergebnis der Prager

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 86.

Außenministerkonferenz angenommen. Das Zentralkomitee dankte der Sowjetregierung für die Initiative zu der Außenministerkonferenz der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion. Es stellte mit großer Genugtuung fest, daß im Gegensatz zu den Versuchen der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs, das deutsche Volk in ihre imperialistischen Aggressionspläne einzubeziehen, die Sowjetunion mit den volksdemokratischen Ländern einen klaren eindeutigen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage vorgeschlagen hat. Im Mittelpunkt der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz stand die Forderung an die USA, Großbritannien und Frankreich, gemeinsam mit der Sowjetunion jede Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne zu verhindern und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchzuführen. Die Prager Konferenz empfahl die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen, friedliebenden Regierung.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unternahm mit dem bekannten Brief des Ministerpräsidenten, Genossen Otto Grotewohls, an den Bundeskanzler Dr. Adenauer den Versuch, auf der Grundlage der Prager Beschlüsse einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu bilden. Das war am 30. November 1950. Erst sieben Wochen später bequeme sich Dr. Adenauer zu einer ablehnenden Antwort, gemäß den Befehlen seiner Herren vom Petersberg.

Adenauer behauptete in seiner Erklärung vom 15. Januar 1951, daß sich die Bundesregierung jeder militärischen Maßnahmen enthalten habe. Das geschah zur gleichen Zeit, als Adenauer die Aufstellung eines vollmotorisierten, mit Panzern und Kanonen ausgerüsteten „Grenzschutzes“ befahl, der zuerst zum Kampf gegen die nach der Deutschen Demokratischen Republik zur Erholung reisenden Kinder eingesetzt wurde.

Die große nationale Verpflichtung

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik richtete in ihrer Tagung vom 30. Januar 1951 einmütig einen Appell an das Bonner Bundesparlament. Diktiert von der großen nationalen Verpflichtung, dem deutschen Volke Frieden und Einheit zu sichern, erklärte unsere Volkskammer ihre Bereitschaft, über alle strittigen Fragen ohne Vorbedingungen im Geiste der Verständigung zu verhandeln. Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in einer gesamtdeutschen Vertretung würden ermächtigt sein, über die Durchführung freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen in ganz Deutschland zu verhandeln. Desgleichen sollte diese Beratung dazu dienen, gemeinsame Maßnahmen festzulegen,

„um die Besatzungsmächte zum raschesten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und dem darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland zu bewegen“.

Obwohl die Volkskammer am 2. März 1951 nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit hinwies, der in Paris zusammengetretenen Vorkonferenz der Außenminister ein gemeinsames Ersuchen der beiden Parlamente zu unterbreiten, die Frage des deutschen Friedensvertrages auf die Tagesordnung zu stellen, lehnte Adenauer am 9. März 1951 jede gemeinsame Handlung ab. Unsere Regierung antwortete mit der Aufforderung an das deutsche Volk, über Adenauer und Schumacher hinweg eine Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 durchzuführen.

Dieser historisch bedeutungsvolle Entschluß entsprach den wahren Wünschen aller friedliebenden Menschen in Deutschland. Der in Westdeutschland auf Initiative vieler demokratischer Organisationen und Tausender Friedensfreunde aus allen Schichten der Bevölkerung gebildete Hauptausschuß für Volksbefragung wandte sich noch einmal an die Bonner Regierung, die vom Volke gewünschte Abstimmung durchzuführen. Adenauer antwortete mit Verbotsmaßnahmen, dabei von seinem getreuen „Oppositionsführer“ Dr. Schumacher unterstützt.

Dem Vorschlage des Hauptausschusses für Volksbefragung Rechnung tragend, beschloß die Regierung der DDR am 5. Mai 1951, für die Zeit vom 3. bis 5. Juni 1951 die Volksabstimmung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages in der DDR durchzuführen. Der demokratische Magistrat von Berlin schloß sich dieser Entscheidung an.

Die Volksbefragungskampagne wurde zu einer gewaltigen Manifestation der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gegen die deutschen und amerikanischen Kriegstreiber, für die Freundschaft mit den friedliebenden Völkern und den Abschluß eines Friedensvertrages.

In wahrhaft überzeugender Weise demonstrierte unter Führung unserer Partei die Arbeiterklasse ihr hohes politisches Bewußtsein im Kampf um den Frieden. Sichtbarster Ausdruck war die neue Welle der Selbstverpflichtungen, Hunderttausende Arbeiter gelobten, für die Erhaltung des Friedens mehr und besser zu arbeiten, neue Kader heranzuziehen und aktiveren Anteil an der politischen Aufklärungsarbeit zu nehmen. Dem Beispiel der Arbeiter folgten Bauern, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler.

Das stolze Ergebnis von 12 153 352 oder 95,9 Prozent Ja-Stimmen in der Deutschen Demokratischen Republik löste ein begeistertes Echo in der ganzen friedliebenden Welt aus und stärkte die Kräfte der Friedensfreunde in Westdeutschland und Westberlin, die ungeachtet aller Verbots- und Terrormaßnahmen die Volksbefragung weiterhin durchführen.

Die Volksbefragung hinderte die Bonner Regierung bisher, die offene Remilitarisierung und Aufrüstung, die zwangsweise Rekrutierung der deutschen Jugendlichen durchzuführen. Das nervöse Geschrei des amerikanischen Hochkommissars McCloy, „es sei keine Zeit mehr zu verlieren“, charakterisiert, wie sehr die große deutsche und internationale Friedensbewegung den amerikanischen Kriegstreibern den Fahrplan durcheinander gebracht hat.

Wenn wir unsere Anstrengungen im Kampf für die Erhaltung des Friedens verstärken, insbesondere aber in jeder Weise unseren Westberliner und westdeutschen Freunden tatsächliche

Hilfe in ihrem schweren Kampf leisten, werden alle Pläne der deutschen und amerikanischen Kriegstreiber zum Scheitern verurteilt sein.

Aufschwung der Friedenswirtschaft

Auf dem III. Parteitag konnte Genosse Walter Ulbricht von den stolzen Erfolgen bei der Erfüllung des Zweijahrplans berichten. Dank der aufopferungsvollen Arbeit der Aktivisten, der Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler wurde der Zweijahrplan vorfristig bis zum III. Parteitag, das heißt in anderthalb Jahren, erfüllt. Von dieser Grundlage ausgehend, unterbreitete Genosse Walter Ulbricht dem Parteitag den Entwurf eines Fünfjahrplans, der entsprechend einer Direktive des Politbüros unter seiner Anleitung ausgearbeitet worden war. Was uns vor einem Jahr noch als Zukunftsmusik erschien, wurde bereits in den ersten sechs Monaten des Fünfjahrplans lebendige Wirklichkeit. Mit großem Ernst gingen unsere Arbeiter in den Betrieben, die Techniker und Ingenieure, aber auch die Bauern in der Landwirtschaft, die Traktoristen in den MAS an die Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1951.

Viele volkseigene Betriebe meldeten die vorfristige Erfüllung des Planes für das erste Halbjahr. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurde der Plan für die Industrieproduktion um 5 Prozent übererfüllt. Unsere Partei hat seit dem III. Parteitag in den Plenartagungen des Zentralkomitees, im Politbüro und durch das Sekretariat des Zentralkomitees wiederholt in ernster, verantwortlicher Weise zu den Ergebnissen der Arbeit in der gesamten Volkswirtschaft und einzelner Industriezweige Stellung genommen und Maßnahmen für ihre Fortführung beschlossen.

Das Zentralkomitee untersuchte in seiner Januar-Tagung 1951 die Voraussetzungen für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1951 und nahm auf seiner Juni-Tagung 1951 ebenso gründlich zu den Ergebnissen der ersten Monate des Fünfjahrplans Stellung. In offener Kritik und Selbstkritik wurden auf der Juni-Tagung Fehler und Schwächen unserer Arbeit festgestellt und die Wege zu ihrer schnellen Behebung im Interesse

der erfolgreichen Erfüllung der gestellten Aufgaben aufgezeigt. Die ersten Monate des Fünfjahrplans zeigten eine große Entfaltung der Initiative unserer Arbeiter, Techniker und Ingenieure. Immer stärker wird das Bewußtsein, unter Ausnutzung der besten wissenschaftlichen Methoden die Arbeitsprozesse zu vereinfachen, um billiger und besser produzieren zu können. Dank der großzügigen Unterstützung der Sowjetunion war es möglich, die Erfahrungen der besten Neuerer, es seien hier nur die Namen Pawel Bykow und Losinski genannt, für unsere eigene Arbeit auszunutzen und unsere Friedenswirtschaft in bester Weise zu entfalten.

Der III. Parteitag empfahl unseren Genossen in der Regierung, eine Anzahl Vorschläge für wesentliche Verbesserungen der materiellen Lage aller Werktätigen einzubringen. Am 1. September 1950 wurden die Rationen für Fleisch und Fett erhöht. Gleichzeitig beschloß die Regierung auf Grund der Anregung des Parteitages die Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten der volkseigenen und gleichgestellten Betriebe um 8 bis 15 Prozent. Ebenfalls wurde eine Heraufsetzung der Renten für die Alten und Waisen festgelegt.

Sorge um den Menschen

Die ständige Hebung des Lebensstandards unseres Volkes geht wie ein roter Faden durch die Politik unserer Partei. Das Zentralkomitee hat sich wiederholt mit der Lage einzelner Schichten der werktätigen Bevölkerung befaßt und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Dazu gehören die bedeutungsvollen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, des ingenieurtechnischen und kaufmännischen Personals, sowie der Produktionsverhältnisse im Bergbau. Das Sekretariat des Zentralkomitees beschäftigte sich außerdem sehr eingehend im Dezember 1950 mit der besonderen Lage im Steinkohlenbergbau und gab der Parteiorganisation konkrete Arbeitsanweisungen, wie die dort aufgetauchten Schwierigkeiten mit Hilfe der Partei überwunden werden können.

Die Partei widmete der Lage der technischen Intelligenz, der



Immer wieder von stürmischem Beifall der mehr als 250 000 Teilnehmer unterbrochen, spricht Präsident Wilhelm Pieck auf einer Kundgebung in Halle am Vorabend der Volksbefragung (2. Juni 1951) gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages

Wissenschaftler und Gelehrten besondere Aufmerksamkeit. Von großer Bedeutung waren hierfür die Beschlüsse der 4. Tagung des Zentralkomitees im Januar 1951. Bei der Behandlung der grundlegenden Fragen und der Aufgaben der Schulen, der Universitäten und Hochschulen wurden nicht nur die politische Bedeutung der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz hervorgehoben, sondern auch für die Besserung ihrer materiellen Lage, für die Förderung ihrer wissenschaftlichen Arbeit konkrete Vorschläge ausgearbeitet und der Regierung zur Annahme empfohlen. So wurde auf Initiative der Partei die Besoldungs- und Pensionsordnung für die Mitglieder des Lehrkörpers der Universitäten und Hochschulen und weitere wesentliche Verbesserungen beschlossen. Ebenso akzeptierte die Regierung den Vorschlag des Politbüros unserer Partei, die materielle Lage der technischen Intelligenz durch den Abschluß von Einzelverträgen zu verbessern. Schließlich hat das Politbüro in seiner Sitzung vom 10. Juli 1951 die Ausdehnung des Abschlusses von Einzelverträgen auf Gelehrte, Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und andere Kulturschaffende und eine zusätzliche Altersversorgung der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz empfohlen.

Mit den von der Regierung im September vorigen Jahres beschlossenen Gesetzen über die Entschuldung und Kredithilfe der Klein- und Mittelbauern, die Kredithilfe und zusätzliche Versorgung bedürftiger Umsiedler und die Neuregelung des Steuerwesens für die handwerklichen Betriebe fand eine weitere Direktive des III. Parteitages zur Hebung des Lebensstandards unseres Volkes ihre Verwirklichung.

Während der Volksbefragungskampagne stellte sich heraus, daß in der Sorge um den Menschen viele Parteieinheiten die Direktiven unseres Parteitages außer acht gelassen haben. Die 6. Tagung des ZK im Juni 1951 hat deshalb in ihrer Entschliebung ausdrücklich darauf hingewiesen, den täglichen Sorgen und Nöten der arbeitenden Menschen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Es gilt, die Initiative der Massen zu wecken, auch mit eigenen Kräften und unter Ausnutzung örtlich gegebener Möglichkeiten, die Mängel zu beseitigen und an der Verbesserung

unserer Verwaltungsarbeit aktiven Anteil zu nehmen. Diese Aufforderung wurde besonders nachdrücklich an unsere Genossen in den Gewerkschaften gerichtet.

Auf dem Wege zur Partei neuen Typus

Der III. Parteitag verpflichtete alle Parteimitglieder, besonders aber die führenden Funktionäre, ständig daran zu arbeiten, die Theorie des Marxismus-Leninismus zu beherrschen. Der bedeutendste Schritt auf diesem Wege war die Durchführung des Parteilehrjahres. In dem System unserer Grundschulen und Zirkel, der Kreisabendschulen und Abenduniversitäten, des Fernunterrichts und des organisierten Selbststudiums, wie in unseren Internatsschulen der Kreise, Länder und beim Zentralkomitee eignen sich Hunderttausende unserer Mitglieder die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus an. Bei allen Mängeln, die das erste Parteilehrjahr aufzuweisen hatte, die es im zweiten Lehrjahr auszumerzen gilt, brachte uns das Massenstudium der Lehren und Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterbewegung einen großen Schritt voran. Unsere Mitgliedschaft versteht heute besser als zuvor, die Politik der Partei den Massen zu erklären. Wir erfüllen damit die Forderung des Parteitages, „die Überzeugung der breiten Massen als die wichtigste politische Aufgabe der Partei“ zu betrachten.

Auch hier muß kritisch festgestellt werden, daß bei unserer Massenarbeit immer noch der Fehler gemacht wird, daß sie zu sehr kampagnenmäßig durchgeführt wird, statt sie systematisch, intensiv und täglich unter den arbeitenden Menschen zu leisten. Die Wahl von Agitatoren hat uns bei der Überwindung dieses Fehlers schon sehr geholfen. Doch es kommt jetzt darauf an, daß jedes einzelne Parteimitglied es als seine ständige Pflicht betrachtet, täglich unter einem bestimmten Kreis von Menschen die Politik der Partei zu erläutern und alle Schaffenden für unsere großen Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Verwirklichung des Fünfjahrplans zu gewinnen.

Die führende Rolle unserer Partei in der Erziehung unseres

ganzen Volkes zu einem neuen fortschrittlichen, demokratischen Bewußtsein fand in den bedeutungsvollen Beschlüssen auf der 4. Tagung des Zentralkomitees im Januar über „Die Aufgaben der Schulen im Fünfjahrplan“ und „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“, wie in der Entschließung der 5. Tagung unseres ZK im März über „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur“ ihren sichtbarsten Ausdruck. Mit der scharfen Waffe des Marxismus-Leninismus untersuchen diese Beschlüsse den gegenwärtigen Stand in Wissenschaft, Kunst und Literatur und geben unseren Mitgliedern und allen fortschrittlichen Menschen eine klare Perspektive für ihre schöpferische Tätigkeit. Es besteht kein Zweifel, daß die von unserer Partei herbeigeführte Diskussion über diese entscheidenden Fragen unseres kulturellen und wissenschaftlichen Lebens außerordentlich befruchtend gewirkt hat und bereits jetzt in der Vorbereitung der Weltfestspiele ihre ersten erfreulichen Resultate zeigt.

Unsere Partei steht am Ende einer weiteren innerparteilichen Kampagne von größter Bedeutung. Bei der Verwirklichung des Beschlusses des III. Parteitages über den Umtausch der Mitgliedsbücher wurde eine Erziehungsarbeit geleistet, deren Wert nicht stark genug unterstrichen werden kann. Die Überprüfung der Parteidokumente bewies, daß unsere Partei über einen festen, zuverlässigen, der Arbeiterklasse und der Partei treu ergebenden Kern verfügt, der mit großem Ernst und voller Begeisterung den Kampf um den Frieden und die Einheit unserer Nation, für die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, für das engste Bündnis mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern führt. Die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik wurde klarer und schärfer herausgearbeitet bei besonderer Betonung der Verpflichtung aller Parteimitglieder, in Wirtschaft und Verwaltung Vorbild zu sein. Die Partei befreite sich während der Überprüfung von einer Anzahl fauler Elemente, die es bisher verstanden hatten, mit dem Parteidokument ihr schädliches Treiben zu tarnen. Die Zahl dieser Leute macht nur einige wenige Prozente der Mitgliedschaft aus. Wenn wir jetzt am Ende der Überprüfung die Mitgliedersperre wieder aufheben werden, wird ein

neuer Zustrom aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderer Schichten unseres Volkes zu unserer Partei einsetzen.

Der III. Parteitag lenkte die Aufmerksamkeit auf die Schwächen der politischen und ideologischen Arbeit in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands. Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951 in Berlin im demokratischen wie im Westsektor zeigte, daß die übergroße Mehrheit der Berliner Bevölkerung den Frieden wünscht. Die Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten bieten unserer Partei und allen friedliebenden Kräften Berlins die beste Möglichkeit, das Bewußtsein der Berliner zu stärken, daß der Friede mit der Steigerung der Kampfschlossenheit der einfachen Menschen erhalten werden kann. Der verbrecherischen Kriegshetze der Reuter, Neumann, Scharnowsky, Schreiber und Schwennicke stellen die Weltfestspiele ein herrliches Friedensfest der Jugend aller Nationen gegenüber. Während in Westberlin die Besatzungstruppen mit Panzern ihre Bereitschaft zum Krieg, zur restlosen Vernichtung Berlins demonstrieren, wird die friedliebende Jugend der Welt in unserem demokratischen Sektor ihren Willen bekunden, mit allen Völkern in Freundschaft zu leben.

Unsere Partei hat durch ihre große Initiative bei der Förderung der Jugend am gesellschaftlichen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, bei dem Neubau und Ausbau von Schulen und Universitäten, bei der Errichtung von Sportplätzen und Ferienlagern entscheidende materielle Voraussetzungen geschaffen, damit unsere Jugend in Frieden leben und lernen kann. Die Jugend dankt es uns mit ihrer Bereitschaft zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens. Damit wird den Kriegstreibern das Wichtigste genommen, was sie für ihren Krieg benötigen, nämlich die Soldaten. Diese Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens gilt es, durch die Weltfestspiele in das Bewußtsein der gesamten deutschen Jugend zu tragen. Unsere Parteiorganisation hat die verantwortungsvolle Aufgabe, alle Teilnehmer des Festivals, aber auch alle deutschen Menschen zu überzeugen, daß nur die Erhaltung des Friedens das Glück und die Zukunft unserer Jugend gewährleistet. Je besser wir es verstehen, das

deutsche Volk in die Bewegung des Kampfes um die Erhaltung des Friedens einzubeziehen, je besser wir es verstehen, unsere Friedensproduktion zu steigern, den Lebensstandard unseres Volkes zu heben, um so mehr helfen wir den schwer kämpfenden Friedensfreunden in Westberlin und Westdeutschland und der Kommunistischen Partei in dem gemeinsamen nationalen Ringen um Frieden und Einheit.

Das erste Jahr nach dem III. Parteitag brachte unserer Partei schöne Erfolge, zeigte aber auch ernste Mängel und Schwächen in unserer Arbeit. Wenn wir in offener kritischer und selbstkritischer Weise die Resultate unserer Arbeit überprüfen, wird es uns ohne Zweifel gelingen, in der Festigung der Deutschen Demokratischen Republik als einem Bollwerk des Friedens und der Völkerfreundschaft mehr zu leisten. Damit werden wir uns des großen Vertrauens würdig erweisen, das uns die Partei Lenins und Stalins durch ihre Delegation auf dem III. Parteitag, die von dem Genossen M. A. Suslow geführt wurde, entgegengebracht hat.

„Neues Deutschland“ vom 20. Juli 1951.

Es lebe die Freundschaft der Jugend aller Nationen!

*Rede bei der Eröffnung der III. Weltfestspiele der Jugend und
Studenten für den Frieden*

5. August 1951

Liebe Gäste aus allen Kontinenten des Erdballs!

Liebe junge Freunde aus dem Westen unserer Heimat!

Liebe Jungen und Mädels der Freien Deutschen Jugend und
der Jungen Pioniere!

Im Namen des deutschen Volkes und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und als Ehrenpräsident der Freien Deutschen Jugend begrüße ich alle Teilnehmer der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden und der XI. Akademischen Sommerspiele, besonders die Mitglieder des Internationalen Weltfestspielkomitees, auf das herzlichste und danke Ihnen allen für die große Arbeit, die Sie für das Zustandekommen und die Durchführung der Festspiele geleistet haben.

Mein Dank gilt insbesondere den Aktivisten für ihre grandiose Arbeit bei der Errichtung der neuen, schönen Sportstätten, die ihre Einweihung durch die Weltfestspiele erhalten.

Mein Dank gilt der Berliner Bevölkerung für die herrliche Ausschmückung der Stadt und für die Gastfreundschaft, die sie in so selbstloser Weise unseren Gästen gewährt.

Und schließlich gilt mein Dank der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Magistrat der Stadt Berlin für die umfassende Hilfe, mit der sie die Durchführung der Weltfestspiele in Berlin ermöglicht haben.

Ihnen allen rufe ich den schönen Gruß unserer prächtigen Jugend zu: Freundschaft!

Die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden sind eine einzigartige, wunderbare Schau des Schaffens und der Schöpferkraft der Jugend. Was die Jugend aus 66 Ländern

der Welt an künstlerischen und kulturellen Leistungen hervor- gebracht hat, das werden wir in diesen Tagen hier erleben. Im friedlichen sportlichen Wettstreit werden die Studenten aus 38 Ländern ihre Kraft und ihr Können messen. Es wird eine Schau der Lebensfreude und des Glücks der jungen Generation sein. Es ist jedoch nicht nur die Farbenpracht, die Vielseitigkeit und Schönheit der Jugend, die diese Weltfestspiele auszeichnen. Der höchste Sinn der Weltfestspiele der Jugend und Studenten besteht eben gerade darin, daß sie den anschaulichen und weit- hin leuchtenden Beweis für die einfache und doch so große Wahr- heit erbringen: *Im Frieden liegt das Glück der Völker!*

Liebe Freunde aus aller Welt! Die Situation ist außerordent- lich ernst. Die amerikanisch-englischen Kriegstreiber haben trotz ihrer Niederlagen die Kriegspläne noch nicht aufgegeben. Mit fieberhafter Hast betreiben sie die Aufrüstung. Sie mißbrauchen die Kraft der Völker, um immer mehr Vernichtungswaffen her- zustellen. Der Kriegsblock der Atlantikpaktmächte hat dafür eigens ein Rüstungsproduktionsamt geschaffen. Die blutigen Feinde der Menschheit, die deutschen und japanischen Imperia- listen und Militaristen, werden wieder bewaffnet und sollen er- neut auf die Völker losgelassen werden. Die äußerste Verstär- kung des Kampfes um den Frieden ist darum das höchste Gebot. Dazu mahnen uns nicht nur die Schrecken des vergangenen zweiten Weltkrieges und der amerikanischen Aggression in Korea. Auch die großen Zukunftsaussichten, die der Frieden für das Glück aller Völker eröffnet, spornen uns zu höchster Kraft- anstrengung an.

In allen Ländern der Welt ist die Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atombombe durchgeführt worden. Immer neue Länder ergreift jetzt die große Bewegung für den Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte. In der Deutschen Demo- kratischen Republik haben wir überaus erfolgreich eine Volks- abstimmung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland durchgeführt. Trotz aller Kriegshetze und Schikanen erfolgt diese Volksabstimmung auch im Westen Deutschlands. Jetzt kommt es darauf an, den Völkern zu zeigen, was sie durch die Erhaltung des Friedens gewinnen. Stellen wir alle, die jungen und die alten Friedens-

freunde aller Länder, uns jetzt die große Aufgabe, die Bedeutung der Erhaltung des Friedens zu zeigen. Ich bin gewiß, in aller euer Namen und im Namen der Jugend der Welt zu sprechen, wenn ich erkläre: Das Glück der Völker Europas und aller Völker der Welt erfordert keine Rüstungsproduktionsämter, sondern Friedensproduktionsämter. Das Glück der Völker erfordert den friedlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau. Die sozialistische Sowjetunion gibt mit ihren gigantischen Bauwerken und Plänen, die die Umgestaltung der Natur, die Erschließung riesiger Ländereien, die Ausnutzung der Wasserkraft der großen Ströme des Sowjetlandes zum Ziel haben, allen Völkern ein leuchtendes Beispiel dafür, was in friedlicher Arbeit für das Glück und den Wohlstand der Menschheit geschaffen werden kann. In den Ländern der Volksdemokratie und auch in unserer Deutschen Demokratischen Republik haben wir Sechsjahr- und Fünfjahrpläne der friedlichen Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur. Sie dienen dem Lebensglück der Menschen und der Zukunft der Völker. Angesichts dessen müssen sich alle Völker und ihre Jugend darüber Rechenschaft geben, was ihnen 10 Jahre friedlicher Aufbauarbeit an Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebens bringen können. Nehmen Sie nur die Mittel, die in den imperialistischen Ländern für die Vorbereitung neuer Kriege ausgegeben werden. Was könnte mit ihnen alles geschaffen werden, wenn man sie für den friedlichen Aufbau benutzt. Dann können neue Wasserkraftwerke gebaut, neue Gruben erschlossen, neue Hütten errichtet werden, dann können unzählige Fabriken und Werke für den friedlichen Bedarf der Völker arbeiten. Dann können die zerstörten Städte Europas und Asiens in neuer Schönheit wiedererstehen. Dann braucht man in allen Ländern der Welt neue Hunderttausende von qualifizierten Facharbeitern, Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern aller Fakultäten. Dann wird es Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für die Millionen Arbeitslosen der kapitalistischen Länder geben. Dann wird das Leben der Hunderttausende von Jugendlichen, die in diesen Ländern ohne Arbeit und Beruf sind, endlich neuen Sinn und Inhalt erhalten. Dann eröffnet sich der Jugend eine Zukunft friedlicher und schöpferischer Arbeit, erfüllt von der Freude am Leben, an Sport und Spiel, am

Reichtum der Kultur aller Völker. Dann wird die Jugend nicht mehr für die Profite der Imperialisten einen grauenhaften und sinnlosen Tod sterben, sondern wird für die Zukunft ihrer Nationen leben. Der Friede wird der Jugend der Welt nicht Kasernen, sondern Schulen und Hochschulen geben. Sie wird nicht auf Schlachtfeldern, sondern auf Sportplätzen im friedlichen Wettstreit ihre Kräfte messen. Sie wird die Schönheit ihrer Heimat und befreundeter Länder kennenlernen und sie nicht in Bomben- und Granatenhagel zusammensinken sehen. Alles, was wir an Schönem und Gutem in diesen Tagen der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten hier in Berlin sehen werden, wird im Frieden zu noch höherer Vollendung geführt werden. *Nicht der Krieg, der Frieden bringt das Glück der Jugend.*

Für den Frieden der Welt bis zum äußersten zu kämpfen — das ist das große Gelöbnis dieser III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin! Die Jugend der Welt für die Werke des Friedens zu begeistern — das ist die Aufgabe, die ihr mit in eure Heimat nehmt!

Liebe Freunde aus aller Welt! Ihr seid zu den III. Weltfestspielen und den XI. Akademischen Sommerspielen zu uns, in die Hauptstadt Deutschlands, gekommen. Wir sehen darin eine Anerkennung der Friedenspolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik und eine hohe Verpflichtung für unsere Jugend. Das Erlebnis der weltweiten Verbundenheit der Jugend, der brüderlichen Freundschaft mit der ruhmreichen Jugend der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie wird die Freie Deutsche Jugend befähigen, ihre großen Aufgaben noch besser zu meistern, für ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland noch hingebungsvoller zu arbeiten und für die Erhaltung des Friedens noch entschlossener zu kämpfen. Gemeinsam mit unserer Jugend werden wir dem ganzen deutschen Volke mit überzeugender Kraft und Anschaulichkeit zeigen, was es im Frieden zu schaffen vermag. Gegen Remilitarisierung, Aufrüstung und Kriegsbauten in Westdeutschland werden wir einen Friedensplan der gesamtdeutschen Volkswirtschaft und der unteilbaren deutschen Kultur setzen. Das deutsche Volk aber, das in friedlicher, schöpferischer Arbeit

seine Zukunft gestaltet, wird auch ein guter Nachbar und verlässlicher Freund aller friedliebenden Völker sein.

Es lebe die Freundschaft der Jugend aller Nationen!

Es lebe der Frieden, der der Jugend aller Völker eine glückliche Zukunft sichert!

Es lebe die Sowjetunion, die den Völkern das große Vorbild des friedlichen Aufbaus gibt!

Es lebe der große Führer im Weltkampf für die friedliche Zukunft der Völker, Josef Wissarionowitsch Stalin!

Nach dem Stenogramm.

Der „demokratische Sozialismus“ als ideologische Waffe der Kriegstreiber

I

Am 4. Juli 1951 erschien der „Telegraf“, ein Organ der Westberliner SPD, mit der Schlagzeile: „Sozialistische Internationale bejaht militärische Verteidigung gegen Bedrohung aus dem Osten!“

Am gleichen Tag berichtete das in deutscher Sprache erscheinende Organ der Wallstreet, „Die Neue Zeitung“, von einer Rede des Oberbefehlshabers der sogenannten Atlantikarmee, General Eisenhower, in der es hieß:

„Die freien Nationen müssen sich zu einem Bunde vereinigen, damit die Freiheit gegen die nackte Aggression des Kommunismus verteidigt werden kann.“

Diese fast wörtliche Übereinstimmung der Worte des amerikanischen Generals Eisenhower mit dem Beschluß der sich sozialistisch nennenden Internationale sozialdemokratischer Parteien ist gewiß kein Zufall. Wenn wir dem hinzufügen, daß der amerikanische Hochkommissar in Deutschland, McCloy, mit erhobenem Finger davon sprach, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei bei der Bereitstellung des deutschen Anteils für die sogenannte Verteidigung des Westens, dann wird völlig klar, daß das Stelldichein rechter sozialdemokratischer Führer in Frankfurt am Main vom 30. Juni bis 3. Juli 1951 eine von der Wallstreet dirigierte und nach den Wünschen amerikanischer Rüstungsfabrikanten arrangierte Veranstaltung von Kriegshetzern war.

Diese Feststellung wird durch das einhellige Lob bestätigt, das die reaktionäre Presse diesem Rummel zollte. „Sozialistische Internationale für Rüstung“, triumphiert „Die Welt“, eine britische Zeitung in deutscher Sprache, vom 4. Juli 1951 und stellt freudig fest:

„Die Kampfstellung des Kongresses richtete sich also nicht mehr in erster Linie gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung . . . sondern mehr noch gegen den sowjetischen Kommunismus.“

Der in Westberlin erscheinende „Tagesspiegel“, der an der Spitze der Hetzpresse für den amerikanischen Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion steht, schätzt die Frankfurter Tagung in folgender Weise ein:

„Die Aufforderung Schumachers an die Sozialistische Internationale, den Kampf gegen den Kommunismus nicht nur deklamatorisch zu führen, erhält einen besonderen Hintergrund durch die amerikanische Entschlossenheit, die militärische Stärke zur Sicherung der sozialen Errungenschaften in den freien Demokratien zu organisieren.“

Auch hier kommt der Zusammenhang zwischen den Beschlüssen in Frankfurt und den Angriffsvorbereitungen der amerikanischen Kriegstreiber eindeutig zum Ausdruck. Schließlich sei hier noch die „Neue Zürcher Zeitung“ genannt, die in ihrer Nummer vom 5. Juli 1951 mit großer Genugtuung feststellt:

„In Frankfurt ist mit aller Deutlichkeit die veränderte Frontstellung zum Ausdruck gekommen, die der internationale Sozialismus heute auf der sozialistischen Ebene bezogen hat. In den am ersten Kongreßtag ohne viel Diskussion gebilligten neuen Statuten erklingen keine klassenkämpferischen Fanfaren mehr.“

Mit großer Genugtuung stellt dieses Blatt der Konzernherren fest, daß die Konferenz der Ansicht ist,

„die Weltkatastrophe könne nur durch Wiederaufrüstung . . . verhindert werden“.

Von August Bebel stammt das Wort: Wenn mich meine Feinde loben, habe ich bestimmt einen Fehler gemacht! Das Lob der schwerkapitalistischen internationalen Presse für die Grumbach, Morgan Phillips, Schumacher, Saragat und Konsorten kennzeichnet ihre Rolle als willfährige Kreaturen im Dienste des internationalen Rüstungskapitals.

Von einem Kapitalisten gelobt zu werden, empfand einst August Bebel wie jeder ehrliche Arbeiterfunktionär als eine Beleidigung. Die heutigen reaktionären sozialdemokratischen

Parteiführer fühlen sich sehr geschmeichelt, wenn ihnen von den Herren der Wallstreet und der Bank von England für ihr Wohlverhalten, für ihre schäbige Rolle bei dem Betrug an den Massen Beifall gespendet wird.

II

Die Frankfurter Konferenz nahm am 2. Juli eine Erklärung einstimmig an, die großspurig „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ genannt wird. Das Bezeichnende an dieser Erklärung ist die Tatsache, daß in 48 verschiedenen Artikeln das Wort Marxismus nur zweimal vorkommt. Der „demokratische Sozialismus“ wird an die Stelle des Marxismus gesetzt. Während die Ideologen der II. Internationale in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen immerhin noch mit Worten den Marxismus anerkannten, wird in der Erklärung der Frankfurter Konferenz endgültig der Marxismus über Bord geworfen. In der Präambel zu diesen „Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ wird im Artikel 11 diese endgültige Absage an die Lehren Karl Marx' mit folgenden Worten umschrieben:

„Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anderer begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.“

Den wahren Sinn einer solchen verlogenen Behauptung, daß allein schon die Anerkennung humanitärer Grundsätze das soziale Ziel ermöglicht, enthüllte der Generalsekretär der Labourpartei, Morgan Phillips. In seinem Referat über die Rolle des „demokratischen Sozialismus“ im Kampf um den Frieden — richtiger müßte es heißen: im Kampf für den Krieg — erklärte dieser würdige Agent der englisch-amerikanischen Rüstungsinternationale:

„Wenn die Wiederaufrüstung auf der Gleichheit des Opfers begründet ist, kann sie sogar die sozialistische Entwicklung fördern.“

Es lohnt sich wahrlich nicht, ein Wort über die ganze moralische Verkommenheit der rechten Führer der Sozialdemokraten zu verlieren. Wie weit sie heute gekommen sind, möge die Feststellung charakterisieren, daß auf dem Hamburger Kongreß der II. Internationale im Jahre 1923 sogar die sozialdemokratischen Parteien unter dem Druck der Arbeitermassen gezwungen waren, noch folgenden Beschluß anzunehmen:

„Einen dauernden Frieden kann die Arbeiterklasse nur sichern, wenn sie die allgemeine Abrüstung zu Land, Wasser und Luft erzwingt.“

Der Kampf gegen den zum Kriege treibenden Kapitalismus wurde in Hamburg 1923 von den sozialdemokratischen Parteien als höchste Aufgabe gestellt. Es ist jedoch eine geschichtliche Tatsache, daß keine der sozialdemokratischen Parteien einen ernsthaften Kampf gegen den Kapitalismus, der den Aggressionskrieg vorbereitete, geführt hat. Im Gegenteil. Sie haben als führende Regierungsparteien oder als Koalitionspartner in Deutschland, England und Frankreich die Wiedererstarkung der Konzerne unterstützt und die entscheidende Kraft im Kampf gegen den Krieg, die Arbeiterklasse, durch ihre Politik der Spaltung gelähmt.

Im Unterschied zu 1923 kann die imperialistische Bourgeoisie aller Länder ihren Agenten im Lager der Arbeiterklasse, den rechten sozialdemokratischen Parteiführern, nicht mehr gestatten, selbst in der Phraseologie antimilitaristisch und kriegsfeindlich aufzutreten. Die Herren amerikanischen Generale haben keine Zeit mehr zu verlieren, und deshalb treiben sie die sozialdemokratischen Parteiführer an, das Kanonenfutter ideologisch für ihren Krieg reif zu machen.

Unter dem Begriff „politische Demokratie“ sind in der Frankfurter Erklärung eine Anzahl Punkte enthalten, die den Begriff erläutern sollen. Da heißt es unter anderem im Punkt 3a, daß die Demokratie

„jedem den Schutz seines persönlichen Lebens gegen jeden willkürlichen Angriff des Staates“

sichern soll. Der schärfste Eingriff in das persönliche Leben des einzelnen Bürgers ist aber der Zwang zu einem Krieg für die

Interessen des Rüstungskapitals. Deshalb ist dieser Punkt nichts anderes als eine hohle, verlogene Phrase, wenn gleichzeitig die Rüstung der imperialistischen Staaten befürwortet wird und die arbeitenden Menschen unter das Diktat der Konzernherren in der Produktion und der reaktionären Generale beim Militär gestellt werden.

Im Punkt b dieses Artikels 3 wird die Sicherung der

„Meinungs- und Pressefreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, der Koalitions- und Versammlungsfreiheit und das Streikrecht“

als Sicherung der Demokratie bezeichnet. Auch dieser Punkt steht im krassen Widerspruch zu der politischen Praxis. In den imperialistischen Ländern einschließlich Englands, des gelobten Landes des angeblichen demokratischen Sozialismus, ist das Recht des Kampfes um den Frieden außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Friedenskämpfer werden verfolgt, und wer es wagt, offen gegen die kriegshetzerische Politik der Wallstreet aufzutreten, erleidet schwersten wirtschaftlichen Schaden, wird aus den Betrieben und Ämtern verjagt, oft genug der persönlichen Freiheit beraubt. Die Meinungs- und Pressefreiheit sieht zum Beispiel in Westdeutschland so aus, daß zum zweiten Male innerhalb eines Jahres fast sämtliche kommunistischen Zeitungen auf 90 Tage verboten und die Druckereien versiegelt wurden. Das angebliche Verbrechen der kommunistischen Zeitungen bestand darin, daß sie es nach den Worten der Verbotsbegründung gewagt haben, für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951 zu werben.

Einen Hohn stellt auch der Punkt c dieses Artikels 3 dar. Voller Zynismus wird hier festgestellt, daß die Demokratie ihre Sicherung durch

„die Volksvertretung auf Grund freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen“

sieht. Das wagen diese Saragat, Grumbach, Phillips und Schumacher zu schreiben, während sie gleichzeitig in ihren Ländern ein betrügerisches Wahlsystem ausgeheckt haben, das die Mehrheit in die Minderheit verwandelt.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die Demagogie, den krassen Widerspruch zwischen Phrasen und Wirklichkeit in den Artikeln über die „politische Demokratie“ als eine der Grundlagen des „demokratischen Sozialismus“ zu kennzeichnen.

III

Neun andere Artikel beschäftigen sich mit der „wirtschaftlichen Demokratie“. In diesen neun Artikeln findet man kein einziges Wort über die Enteignung des Monopolkapitalismus. Im Gegenteil. Es wird ausdrücklich im Artikel 5 betont:

„Sozialistische Planung erfordert nicht die Kollektivisierung aller Produktionsmittel“.

Alles, was hier gesagt wird, ist ein schlechter Aufguß von dem, was in den zwanziger Jahren als „Wirtschaftsdemokratie“, als „organisierter Kapitalismus“ und ähnliche Schaumschlägerei von den sozialdemokratischen Parteiführungen zum Betrug an den Massen fabriziert wurde. Hilferding proklamierte 1927 auf dem Kieler Parteitag mit schönklingenden Worten:

„Unserer Generation ist das Problem gestellt, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“

Der Hamburger Kongreß der deutschen Gewerkschaften im gleichen Jahre setzte dann den I-Punkt auf diese aus den Bernsteinschen Ideen entwickelte Phrase vom organisierten Kapitalismus mit der Behauptung:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher werdenden Strukturwandlung des Kapitals. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus.“

Die Herren Verfasser der „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ verloren auch nicht ein einziges Wort über den Bankrott der sogenannten Theorie vom organisierten Kapitalismus. Sie versuchen im Gegenteil erneut, mit diesen betrüge-



Präsident Wilhelm Pieck und stellvertretender Ministerpräsident Walter Ulbricht beim Verlassen des Abstimmungslokals in Berlin-Niederschönhausen am 3. Juni 1951



rischen Manövern die Arbeitermassen vom Kampf um den Sozialismus abzuhalten. In der Präambel wird im Artikel 4 gesagt:

„In einigen Ländern wurde das Fundament einer sozialistischen Gesellschaft gelegt. Die Uebel des Kapitalismus sind dort im Schwinden, und neue Energien haben sich dem Gemeinwesen erschlossen.“

Im Artikel 5 der Präambel wird sogar behauptet,

„soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht“.

Es ist sehr bezeichnend für die ganze Erklärung wie für alle Reden auf der Frankfurter Konferenz, daß niemals klipp und klar gesagt wird, welches denn nun ein solches Musterland des „demokratischen Sozialismus“ ist. Zweifellos gehört in erster Linie doch wohl England dazu, in dem die Labourpartei seit 1945 die Regierung stellt. In der gleichen Zeit, da man in Frankfurt das Hohelied vom „demokratischen Sozialismus“ sang, sich aber dabei genierte, von England zu sprechen, kam es in England selbst innerhalb der Labourpartei zu schweren Auseinandersetzungen über die Innen- und Außenpolitik der Labourregierung.

Der vor einigen Wochen aus der Labourregierung demonstrativ ausgetretene Arbeitsminister Aneurin Bevan veröffentlichte ein Manifest unter dem Titel „Nur ein Weg“, in dem festgestellt wird, daß die auf amerikanischen Befehl durchgeführte Aufrüstung zur Verschärfung aller Widersprüche der englischen Wirtschaft führt.

„Wir haben uns allzusehr an den Karren der amerikanischen Diplomatie spannen lassen“,

erklärte Bevan bei seinem Rücktritt und stellte als Auswirkung fest, daß für je 300 Dollar Rüstungsgelder nur 1 Cent an Wirtschaftshilfe gewährt wird. Die Dollarvorräte in der Bank von England schwinden, ein fühlbarer Mangel an Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs macht sich bemerkbar. In echt kapitalistischer Weise steigen in diesem Musterland des „demokratischen Sozialismus“ die Preise, aber nicht die Löhne, so daß der Handel zurückgeht. Wenn selbst ein Bevan gezwungen war, solche Töne anzuschlagen, kann man sich vorstellen, wie jetzt die Lage in England wirklich aussieht.

Wie ungeniert die großkapitalistischen Konzerne an der Kriegsausrüstung verdienen, zeigt eine Mitteilung des „Tagespiegel“ vom 12. Juli 1951. Die Royal-Dutch-Shell-Gruppe erzielte 1950 einen Reingewinn von 49,2 Millionen Pfund Sterling. Davon wurden 12 Prozent als Dividende verwandt, während 33 Millionen Pfund Sterling zur Stärkung der Reserven dienten.

Während in Frankfurt am Main der Generalsekretär der Labourpartei, Morgan Phillips, das Hohelied der Aufrüstung sang, lehnte die Jahreskonferenz der größten englischen Gewerkschaft, der Transportarbeiter und ungelerten Arbeiter, gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaftsführung das Rüstungsprogramm der Labourregierung ab.

Wenn Bevan und einige andere Labourabgeordnete jetzt plötzlich von der amerikanischen Kriegshysterie sprechen, dann versuchen sie in erster Linie die berechtigte Empörung der englischen Arbeiterschaft aufzufangen. Die Arbeiter Englands weisen mit Recht auf die Tatsache hin, daß trotz Labourregierung in England die Gewinne der Unternehmer durch Preiserhöhungen und Kurssteigerungen der Aktien in einem Jahr fast 1 Milliarde Pfund Sterling betragen. Nichts hat sich im Lande des „demokratischen Sozialismus“ am Prinzip der Ausbeutung geändert. Die Werktätigen müssen heute die Aufrüstung durch Preissteigerungen und Steuererhöhungen bezahlen und sollen morgen zur höheren Ehre des Profits des internationalen Rüstungskapitals im amerikanischen Krieg verbluten.

In diesem Zusammenhang sei auf ein neues Manöver der westdeutschen Gewerkschaftsführer hingewiesen. Die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „droht“, ihre Mitarbeit an allen paritätischen Ausschüssen der Bonner Regierung einzustellen. In der Begründung dazu wird gesagt, „daß die wirtschaftliche Entwicklung durch eine allgemeine Restauration gekennzeichnet“ sei.

Das ist sie allerdings. Seit der Währungsreform, das heißt im Verlauf von drei Jahren, konnten die deutschen Unternehmer 50 Milliarden Mark investieren, 200 Millionäre werden in Westdeutschland registriert, die Verbrauchsbesteuerung stieg von 4,5 Milliarden Mark auf 10 Milliarden Mark, und der Anteil der Einkommensteuer sank von 57,7 Prozent des Steueraufkommens

im Jahre 1948/1949 auf 49,7 Prozent im laufenden Steuerjahr. Alle diese Angaben stammen aus dem Organ der westdeutschen Gewerkschaften, das in der Nummer vom 29. Juni 1951 feststellt, daß etwa 14 Millionen Menschen in Westdeutschland am Rande des Existenzminimums leben.

Aber diese Tatsachen der wachsenden Verelendung der werktätigen Menschen in Westdeutschland bei gleichzeitiger Konzentration des Reichtums auf der anderen Seite sind die schärfste Anklage gegen die rechte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung.

Sie war und ist heute noch in einigen westdeutschen Ländern die führende Regierungspartei, sie überredete noch vor einem Monat die Bergarbeiter, auf höhere und gerechtere Forderungen, die von den Arbeitern angesichts der Teuerung gestellt worden waren, zu verzichten und sich mit nur 12 Prozent Lohnerhöhung abzufinden, sie ist mit der Rüstungspolitik der Bonner Regierung völlig einverstanden, die den Aktionären größere Gewinne verschafft, und sie, und das ist ihr größtes Verbrechen, verhindert mit allen Mitteln des Betrugs und des Terrors die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter im Kampf um Lohn und Frieden.

Die „Kampfansage“ der westdeutschen Gewerkschaftsführer soll einen neuen Massenbetrug vorbereiten. Die Aufgabe aller ehrlichen Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder wird es sein, in der Durchsetzung ihrer berechtigten Lohnforderungen, in der Verhinderung der Remilitarisierungs- und Rüstungspolitik das beabsichtigte Manöver zu verhindern. In der Wahrung der Lebensinteressen des werktätigen Volkes wird die Seifenblase von der „Demokratisierung“ kapitalistischer Konzerne, vom „demokratischen Sozialismus“ im Zeichen der Kriegsrüstung zerplatzen.

IV

Die Frankfurter Konferenz von Helfershelfern der Kriegshetzer unterhielt sich auch über koloniale Probleme. Natürlich fanden diese Verteidiger der kolonialen Unterdrückungspolitik kein Wort des Protestes gegen die Versuche der Vergewaltigung des Volkswillens im Iran. Sie protestierten auch nicht gegen den

schmutzigen Krieg in Vietnam, gegen die Ausradierung malaiischer Dörfer durch die englische Luftwaffe und gegen die Unterdrückung der Freiheitsbewegung auf den Philippinen. Im Tone der internationalen Kriegshetzerpresse entstellten sie die Wahrheit über den heroischen Kampf des koreanischen Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren.

Genauso wie in den Artikeln über die „wirtschaftliche Demokratie“ kein Wort über die Enteignung des Konzernkapitals enthalten ist, genauso findet sich in den Artikeln über die „internationale Demokratie“ kein Wörtchen über die Beseitigung der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung. Mit einer zu nichts verpflichtenden Phrase wird im Artikel 7 gesagt:

„Der demokratische Sozialismus kämpft gegen jede Form des Imperialismus. Er kämpft gegen die Unterjochung und Ausbeutung irgendeines Volkes.“

Ein sozialdemokratischer Arbeiter würde jetzt auf den Gedanken kommen, daß seine Führer für die Beseitigung der imperialistischen Unterjochung in den Kolonialländern sind. Diese berufsmäßigen Verteidiger der imperialistischen Kolonialherrschaft denken nicht daran. Mehr noch, ihre ganze Politik strebt die weitere Knechtung der Kolonialvölker und die Niederschlagung des nationalen Befreiungskampfes an.

Die sozialdemokratischen Führer wollen den Charakter der imperialistischen Versklavung und Ausbeutung durch eine Injektion der Phrase vom „demokratischen Sozialismus“ verschleiern. Wörtlich heißt es über die Kolonien im Artikel 8:

„Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus beseelt werden.“

Die Aktionäre der amerikanischen und englischen Ölgesellschaften, der Kautschukplantagen, der Nickeltruste, der Quecksilbergruben können sich gratulieren. Es ist immerhin erstmalig in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, daß Arbeiterführer, die sich „demokratische Sozialisten“ nennen, in so schamloser Weise die Ausplünderung kolonialer Gebiete sanktionieren.

Die Erklärung über die Ziele und Aufgaben wurde nach der Pressemitteilung einstimmig angenommen. Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß damit eine Einstimmigkeit in den grundlegenden Fragen erzielt worden sei. Einen schrillen Klang bekam diese Konferenz wohlbestallter Komplizen der Kriegshetzer, als ein Vertreter der sogenannten Exilpolen den deutschen sozialdemokratischen Führern vorwarf, daß sie in chauvinistischer Hetze machen. Die Chauvinisten auf der deutschen Seite wiesen diesen Vorwurf „entrüstet“ zurück. Es handelt sich einfach darum, daß auch dieser Exilpole nicht anders konnte, als die Oder-Neiße-Grenze als Grenze des Friedens zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk anzusehen, während die Führer der deutschen Sozialdemokraten die Revision dieser Grenze auf ihre Kriegshetzerfahne geschrieben haben.

Besonders scharf prallten die Gegensätze in der Frage des Schumanplans aufeinander. Der Standpunkt Schumachers konnte sich gegenüber der französischen Meinung nicht durchsetzen, weil die französischen Sozialisten ganz selbstverständlich den Standpunkt ihrer Bourgeoisie einnahmen, die eine Wiedererstarkung des deutschen Imperialismus befürchtet. Die gegensätzlichen Auffassungen in der Frage des Schumanplans sind ein weiterer Beweis für die ganze Hohlheit der in Frankfurt proklamierten Auffassungen vom „demokratischen Sozialismus“. Wo immer diese Patent-Internationalisten gezwungen sind, zu einer Frage Stellung zu nehmen, die die grundlegenden Interessen der werktätigen Bevölkerung betrifft, nehmen sie prompt den Standpunkt der jeweiligen Bourgeoisie ein. So handelten die rechten sozialdemokratischen Führer in der alten II. Internationale. Daran zerbrach sie bei Ausbruch des ersten Weltkriegs. So handelten dieselben Leute bei Ausbruch des Hitlerkriegs, und es bedarf keiner Prophetengabe, um zu wissen, daß sie auch in Zukunft nicht im Lager der internationalen Arbeiterklasse, sondern auf der Seite ihrer Auftraggeber, das heißt ihrer Bourgeoisie, stehen werden.

Nur in einer Frage gab es in Frankfurt keine Meinungsverschiedenheiten, nicht einmal Nuancen unterschiedlicher Auffas-

sungen: das war der wütende Haß gegen die sozialistische Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Das war das heiße Bemühen von Helfershelfern der imperialistischen Aggressoren, das Weltfriedenslager zu schmähen und den imperialistischen Kriegstreibern das notwendige Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen.

Die bisherige Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung war eine Geschichte des Kampfes gegen den Krieg und um die Erhaltung des Friedens. Karl Marx und Friedrich Engels begründeten die I. Internationale als ein Instrument zum Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und waren von großem Stolz erfüllt, als die Sektionen der I. Internationale einen beispielhaften Kampf gegen den Deutsch-Französischen Krieg führten. Die Blütezeit der II. Internationale war jene, als sie sich eindeutig gegen die internationale Aufrüstung erklärte, die Massen des Volkes aufforderte, mit allen Mitteln den Kampf gegen den Ausbruch eines Krieges zu führen und, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, für seine schnelle Beendigung einzutreten und, wie es in dem Stuttgarter Beschluß aus dem Jahre 1907 hieß,

„die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“¹.

Es blieb der Internationale sogenannter „demokratischer Sozialisten“ vorbehalten, vor dem Krieg bereits für den Krieg einzutreten und die Arbeiter aufzufordern, im Krieg für die Interessen der imperialistischen Staaten zu verbluten. Das offene Einschwenken der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in das Lager der imperialistischen Kriegsbrandstifter ist ein ernstes Signal für die Größe der Kriegsgefahr. Truman und Eisenhower drängen im Auftrage der großen Konzerne, denn je länger der Frieden anhält, um so schärfer wachsen die Widersprüche in der kapitalistischen Welt und um so größer wird für die Rüstungsfabrikanten die Gefahr, daß die Volks-

¹ „Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart“, Berlin 1907, S. 66.

massen gegen ihre Rüstungspolitik, gegen ihre Kriegspolitik in Bewegung geraten.

Um so zwingender ergibt sich für die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder, für alle Friedensfreunde die Aufgabe, den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu verstärken und den Frieden, nach den Worten Stalins, „bis zum äußersten zu verteidigen“. Es muß uns gelingen, die Lügen der Kriegshetzer zu entlarven. Dazu gehört auch die Demaskierung der angeblichen „demokratischen Sozialisten“ in ihrer wahren Rolle als Einpeitscher des amerikanischen Krieges in den Reihen der Arbeiterklasse.

Nach dem Stenogramm.

Karl Liebknecht — Vorkämpfer gegen Militarismus und Krieg

Zu seinem 80. Geburtstag

Angesichts des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus, der als Hauptverbündeter der amerikanisch-englischen Imperialisten in Europa einen neuen Weltkrieg vorbereitet, ist die Erinnerung an das Leben und den Kampf Karl Liebknechts, des unermüdlichen und unerschrockenen Vorkämpfers gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, von besonderer Bedeutung. Sein ganzes Leben war dem Dienst an der Sache des Proletariats geweiht. Seine besondere Liebe galt der Jugend. Die Förderung der Jugendbewegung, die Erziehung der Jugend zu bewußten, fortschrittlichen Menschen, zu Kämpfern für den Frieden nimmt einen hervorragenden Platz in seinem Lebenswerk ein. In der fortschrittlichen Jugendbewegung wurde sein Name Symbol des Kampfes gegen Krieg und Vernichtung, für Frieden und Fortschritt, gegen Unterdrückung und Ausbeutung.

Als das deutsche Volk mit dem ersten Weltkrieg zum ersten Male in die nationale Katastrophe gestoßen wurde, war es Karl Liebknecht, der die Ehre der deutschen Arbeiterbewegung rettete. Unter der Losung „Krieg dem Kriege, der Hauptfeind steht im eigenen Land“ sammelte er unermüdlich die Massen zum Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Kühn nahm er den Kampf gegen den nationalen Verrat der deutschen Bourgeoisie und den Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie am internationalen Sozialismus auf. Sein „Nein“ gegen die Kriegskreditvorlage war für die arbeitenden Menschen aller Länder das Zeichen, daß in der deutschen Arbeiterklasse der Gedanke des proletarischen Internationalismus weiterlebte, daß der Gedanke des internationalen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nicht tot war.

Gemeinsam mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring rief er zur revolutionären Beendigung des Krieges und zum Sturz der Hohenzollernregierung auf. Mit tiefstem Haß verfolgte die Bourgeoisie den kühnen Kämpfer. Sein zorniger Ruf: „Burgkrieg statt Burgfrieden“ auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai 1916 wurde zum Kampfruf des internationalen Proletariats. Die Kriegstreiber warfen ihn ins Zuchthaus und konnten doch nicht verhindern, daß seine Stimme alle aufrechten Menschen erreichte. In den Tagen der Novemberrevolution 1918 war er der kühne Führer des Vortrupps der Revolution, gegen den sich der hemmungslose Haß der Imperialisten und der sozialpatriotischen Führer der Sozialdemokratie entlud. „Schlagt Liebknecht tot“, forderten die Plakate der Reaktion in den Straßen Berlins. Von dem Sozialdemokraten Noske herbeigerufene weißgardistische Banditen wurden die Mörder des selbstlosen Streiters für die Sache des Proletariats, des edlen Kämpfers gegen Krieg und Militarismus.

Die rechten sozialdemokratischen Führer erwürgten die Revolution mit allen Mitteln der Demagogie und des Terrors. Die geschlagenen deutschen Imperialisten konnten sich wieder sammeln und neue Kräfte schöpfen. So begann der unendlich schwere und bittere Weg, der das deutsche Volk durch den Faschismus in die furchtbarste nationale Katastrophe führte. Erst der Sieg der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus ermöglichte es, in einem Teil Deutschlands die Hauptforderungen zu verwirklichen, die Liebknecht in seinem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus erhoben hatte.

Heute, in einer Zeit, da die Kriegsbrandstifter die Vorbereitungen für einen neuen, alle bisherigen Schrecken in den Schatten stellenden Weltkrieg treffen, da die Führer der Sozialdemokratie bereits in der Vorbereitung des Krieges offen ins Lager der Imperialisten übergegangen sind, kann die Erinnerung an Karl Liebknecht, den edlen und selbstlosen Sachwalter der nationalen Interessen des deutschen Volkes, mithelfen, die werktätigen Menschen zum Kampf gegen nationalen Verrat und imperialistischen Krieg zu vereinen.

*Karl Liebknechts Kampf
gegen den preußisch-deutschen Militarismus*

Als Sohn Wilhelm Liebknechts war Karl in der Geisteswelt der marxistischen Arbeiterbewegung herangewachsen. Im engsten Familienkreis hatte er den schweren Kampf der alten deutschen Sozialdemokratie gegen die Bismarcksche Politik des Terrors und der Unterdrückung erlebt, hatte an den Kämpfen und Siegen der deutschen Sozialdemokratie teilgehabt, zu deren anerkanntesten Führern sein von ihm tief verehrter Vater gehörte. Der Beginn der aktiven Tätigkeit Karl Liebknechts in der deutschen Arbeiterbewegung fällt ungefähr zusammen mit dem Beginn eines neuen, des imperialistischen Stadiums in der Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands.

Die nationale Einheit war in Deutschland verspätet hergestellt worden; nicht als Ergebnis einer bürgerlich-demokratischen Revolution, sondern mit Blut und Eisen durch den Junker Bismarck. Beides drückte der weiteren Entwicklung Deutschlands einen besonderen Stempel auf. Im Innern war der Feudalismus nicht endgültig überwunden. Die Fürsten und Junker beherrschten nicht nur weitgehend das flache Land, sondern darüber hinaus auch alle entscheidenden Positionen im Staatsapparat. Aus Angst vor der Arbeiterklasse hatte sich die deutsche Bourgeoisie dem Junkertum in die Arme geworfen. Mit der rapiden Entwicklung des deutschen Kapitalismus nach der Herstellung der deutschen Einheit auf den Schlachtfeldern Frankreichs verschmolz das entstehende Monopolkapital immer mehr mit der Junkerkaste zu einem reaktionären Block, der das gesamte innere wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Deutschlands beherrschte. Aber dieser reaktionäre deutsche Imperialismus war bei der Verteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte zu spät gekommen. Auf der Suche nach Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Gebieten für die Kapitalanlage stieß der deutsche Imperialismus allenthalben auf die Tatsache, daß die Welt seit der Jahrhundertwende unter den imperialistischen Großmächten bereits verteilt war. Das steigerte die Raubgier des deutschen Imperialismus, wobei der reaktionäre Block des Monopolkapitals mit dem Junkertum der imperialistischen Aggressivität be-

sondere Brutalität verlieh. Darin liegt begründet, daß der reaktionäre preußisch-deutsche Militarismus eine besonders ausgeprägte Rolle spielte.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte die neue Phase in der kapitalistischen Entwicklung nicht erkannt. Sie hatte nicht gesehen, daß mit dem Monopolkapitalismus das Verfallstadium des kapitalistischen Systems begann, daß eine Periode schärfster Klassenkämpfe und kriegerischer Zusammenstöße unvermeidlich war, daß — nach der Leninschen Definition — der Imperialismus der Vorabend der proletarischen Revolution ist. Sie erkannte demzufolge auch nicht, daß die alten, traditionellen Formen des Klassenkampfes, der vorwiegend parlamentarische Kampf, überholt waren und daß es darauf ankam, die Massen auf den revolutionären Kampf zum Sturz des kapitalistischen Systems vorzubereiten. In dem Verkennen der neuen Etappe der kapitalistischen Entwicklung lag einer der Hauptgründe dafür, daß der Kampf gegen den Revisionismus, gegen die Theorie der Klassenharmonie und des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus nicht nur von Bebel, sondern auch von den Linken unter Führung Rosa Luxemburgs nicht bis zur letzten Konsequenz, bis zum offenen Bruch mit den Opportunisten und ihrer Verjagung aus der Arbeiterbewegung geführt wurde. Karl Liebknecht, der zu einem der Führer der deutschen Linken wurde, teilte mit ihnen diese Schwächen und Fehler. Aber mit dem sicheren Instinkt eines selbstlosen und mutigen Führers des Proletariats, eines großen politischen Kämpfers erkannte er die Schwerpunkte im Kampf gegen den Imperialismus. Davon zeugt sein entschiedener Kampf gegen das deutsche Rüstungskapital und den preußisch-deutschen Militarismus. Der Kampf Karl Liebknechts gegen das deutsche Rüstungskapital hat durch die Entwicklung Westdeutschlands wieder Aktualität gewonnen. Dieser Kampf, den er mit seinem Auftreten auf dem Parteitag in Bremen schon im Jahre 1904 begann, für den er 1907 1½ Jahre Festung erhalten hatte, erreichte am Vorabend des ersten Weltkrieges seinen Höhepunkt. Am 18. April 1913 enthüllte Karl Liebknecht in der Sitzung des Deutschen Reichstags in einer großen Rede die Machenschaften des deutschen Rüstungskapitals. Er deckte auf, wie die Kanonenfirma Krupp jahrelang Beamte und Offiziere

der Behörden, der Armee und der Marine bestochen hatte, wie sie sich auf diese Weise Informationen über Bewaffnungsfragen, über Konstruktionen und Versuche der Behörden und der Konkurrenzfirmen, über die Preise anderer Werke verschaffte, wie sie Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse verleitete und anderes mehr. In dieser und einer weiteren Rede am 26. April 1913 prangerte er die bezahlte Hetze der reaktionären, militaristischen Presse, die Rolle des Rüstungskapitals im Staatsapparat und seine internationale Verflechtung, die es zur systematischen Vorbereitung und Schürung von Kriegen ausnutzte, mit einer Leidenschaft und Überzeugungskraft an, wie sie wohl kaum jemals in deutschen Parlamenten zu vernehmen war. Seine Anklagen gegen das kriegslüsterne Monopolkapital verdienen heute besonders unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Westdeutschlands weite Verbreitung. Dies um so mehr, als sich Liebknecht im besten Sinne des Wortes dabei auf der Höhe der Aufgaben zeigte, die der Partei der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und für die Sicherung des Friedens gestellt sind.

Als Karl Liebknecht im Reichstag eine gründliche Untersuchung des Krupp-Skandals forderte, gab er zugleich ein Bild von der Rolle des Rüstungskapitals im Hohenzollerndeutschland, wobei dieses Bild weitgehend für alle imperialistischen Staaten und auch heute wieder für Westdeutschland durchaus zutreffend ist. Karl Liebknecht sagte:

„... die Widerstände, die sich einer Aufdeckung der Machenschaften der Rüstungsinteressenten entgegenstellen, werden kolossale sein. Es sind gewaltige Kapitalcliquen, die die Rüstungsproduktion in der Hand haben, und es sind mit diesen Kapitalcliquen aufs engste versippt andere großkapitalistische Unternehmungen zum Teil industrieller Art, zum Teil Banken von größtem Einfluß.

... mag nämlich das Eigentum an den einzelnen Unternehmungen juristisch betrachtet in Händen sein, in welchen es will — durch die Tatsache, daß großkapitalistische Unternehmungen in Konzernen, in Kartellen vereinigt sind und daß dadurch enge, engste Verbindungen zwischen deutschen kapitalistischen Unternehmungen und ausländischen hergestellt sind, wird ein Moment, das die Aufhellung außerordentlich erschwert, gerade auch in die Untersuchung über das Rüstungskapital hineingetragen.

Die Kartellierung des Kapitals im Inlande und diejenige zwischen dem inländischen und ausländischen Kapital schließt natürlich nicht etwa die gegenseitige Begaunerung der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen aus. Man darf also nicht meinen, daß mehrere Unternehmer der Rüstungsindustrie, die einander hinters Licht zu führen suchen, folglich nicht im Kartell sein können, das wäre ein Trugschluß.“¹

Karl Liebknecht wies aber zugleich darauf hin, daß die persönliche Versippung der militärischen Bürokratie und der hohen Angestellten des privaten Rüstungskapitals ganz besonders stark ist. Als er einige Monate später das vorläufige Ergebnis der Aufdeckung des Krupp-Skandals zusammenfaßte, schrieb er im „Vorwärts“ vom 28. August 1913:

„Festgestellt ist... im allgemeinen eine geradezu gemeingefährliche Umklammerung der Militärverwaltung und des gesamten Staatswesens durch das profitlüsterne skrupellose Rüstungskapital, die besonders durch das Mittel einer weitgehenden Personalunion gefördert wird.“²

Bereits im Reichstag hatte er eine ganze Reihe von Namen hochgestellter Beamter und Offiziere genannt, die aus dem Staatsdienst in die Leitung der Rüstungsfirmen hinübergewechselt waren, aber nach wie vor in den Dienststellen, Versuchsanstalten und Werkstätten des Staates ein und aus gingen.

Auch die Methoden, mit denen das Rüstungskapital bis auf den heutigen Tag zu arbeiten pflegt, deckte Liebknecht auf. Im Innern des Landes gehören dazu Bestechung und Korruption, nach außen, in fremden Ländern, die Anwerbung von Agenten, Spionen und Provokateuren.

„Jedermann weiß ja“, sagte er im Reichstag, „wie zum Beispiel Kolonialpolitik gemacht wird. Eine der bekanntesten Methoden ist, kolonialpolitisch aufzuputschen durch Geheimagenten und allerlei Spitzel in dem Lande, das man dann kolonialpolitisch erobern möchte.“³

Karl Liebknecht kennzeichnete die vaterlandslose Zusammenarbeit der Rüstungskonzerne der damaligen „Erbfeinde“ Deutsch-

¹ Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 216 und 217.

² Ebenda, S. 261.

³ Ebenda, S. 197.

land und Frankreich und überhaupt der Rüstungskonzerne aller Länder, die sich gegenseitig die Bälle zuspielten, um die Kriegspsychose sowie die Rüstungsproduktion und die Rüstungsprofite ins Unermeßliche zu steigern. Deutsche, österreichische, belgische und französische Rüstungsfirmen hatten einen Kartellvertrag geschlossen, in dem sie die Belieferung ihrer künftigen „Feindländer“ mit Waffen, Munition und Ausrüstung regelten. Er schloß diese Rede mit dem Hinweis darauf, daß man den Völkern zuzurufen müsse:

„Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.“¹

Wenige Tage vor seiner großen Rede gab Karl Liebknecht am 21. April 1913 im „Vorwärts“ von der Rüstungsindustrie folgende Kennzeichnung:

„Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit — so ist die Rüstungsindustrie. Ungeheuerlich in ihren Kräften, unersättlich in ihren Ansprüchen, leidenschaftlich in ihrem Profitwillen . . .

Und nicht gedeihend bei Glück, Freiheit und Frieden der Völker, sondern bei Zwietracht, Kriegsgefahr, Krieg, die ihre Nahrung bilden: je mehr Völkerhaß, um so mehr Profit! Durch ihr innerstes Wesen international, weit über alle Landesgrenzen hinaus solidarisch im Interesse an der gegenseitigen Verhetzung der Völker, die innere und äußere Skrupellosigkeit des Kapitalismus übergipfelnd.“²

Karl Liebknecht wußte jedoch ausgezeichnet, daß man sich nicht damit begnügen konnte, die Praktiken und Schleichwege des Rüstungskapitals aufzudecken, daß von einer Untersuchungskommission, gleichgültig, ob sie vom Reichstag oder vom monarchistischen Staatsapparat eingesetzt war, keine Änderung zu erwarten war. Seine Forderung am Schluß dieser ersten Reichstagsrede über den Krupp-Skandal lautete daher:

„Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie.“³

¹ Ebenda, S. 226.

² Ebenda, S. 227 und 228.

³ Ebenda, S. 200.

Nur so wäre es seiner Meinung nach möglich, eine Interessenklasse auszumerzen, deren Existenz eine ständige Kriegsgefahr für die ganze Welt bedeutet. Nur so wäre die Wurzel des Rüstungswahnsinns und der ständigen Völkerverhetzung auszurotten.

Karl Liebknecht hatte nicht ohne Grund auf die Verflechtung des Rüstungskapitals mit den Banken und mit anderen Zweigen des Monopolkapitals hingewiesen. Dem deutschen Monopolkapital und seinen junkerlichen Bundesgenossen genügte es nicht mehr, das eigene Volk auszubeuten. Es schmiedete jetzt Pläne zur Eroberung der Vorherrschaft in der Welt, die ihm die Ausplünderung anderer Länder und kolonialer Gebiete ermöglichen würden. Es setzte damit den Krieg um die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung.

Der Vorbereitung dieses Krieges dienten die ungeheuer gesteigerten Rüstungsausgaben, die enorme Verstärkung des Heeres und der Aufbau der deutschen Kriegsmarine. In diesem Militarismus sah Karl Liebknecht die gefährlichste Waffe der Reaktion, die einerseits der unmittelbaren Vorbereitung von Aggressionskriegen dient und andererseits das Volk wehrlos machen soll gegen eine solche Raubpolitik.

Durch den gesamten antimilitaristischen Kampf Karl Liebknechts zieht sich die scharfe Betonung des Klassencharakters des Militarismus. In einer Rede über „Militarismus und Antimilitarismus“ sagte er nach der „Leipziger Volkszeitung“ vom 29. April 1907:

„Unter Militarismus kann man zunächst alles verstehen, was sich auf das Militärwesen bezieht. Diese Definition ist aber unzweckmäßig. Herkömmlicherweise verstehen wir darunter eine ganz besondere Art des Militärwesens, eine Erscheinung, die nicht aus dem Gesamtwillen des Volkes geboren ist, sondern vielmehr auf dem Boden der *Klassengegensätze* gewachsen ist. Also: die scharfe Absonderung des Militärs von der Zivilbevölkerung, der Drill, die Mißhandlungen, die Militärjustiz, wie man die Kosten aufbringt. Alles, was den Militarismus zum Werkzeug der Klassenherrschaft macht und einem Bevölkerungsteil die Möglichkeit gibt, ihn eventuell gegen den andern zu verwenden. Während eine Armee in jeder gesellschaftlichen Ordnung nötig ist, auch gegebenenfalls im sozialistischen Staate, um gegen irgendeinen äüße-

ren Feind im Interesse der Gesamtheit gesichert zu sein, so ist jener Militarismus nur denkbar in der Klassengesellschaft.“¹

Karl Liebknecht war also alles andere als ein weinerlicher Pazifist. Er wußte, daß das Volk die Waffen, die ihm die Kriegstreiber in die Hände geben, auch benutzen muß, um die Kriegstreiber selber zu überwinden. Aber gerade weil Karl Liebknecht den Klassencharakter des Militarismus erkannt hat, wußte er auch, daß nur der aktive Widerstand der Massen, der unablässige Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitungen die Pläne der Imperialisten durchkreuzen kann. Von der Parlamentstribüne, in unzähligen Reden, auf den Parteitag, in Konferenzen und Versammlungen, durch Artikel und Flugblätter rüttelte er unermüdlich das Bewußtsein der Massen wach, weckte ihren revolutionären Willen zum Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus. Er wurde zum glühenden Agitator der aktiven internationalen Solidarität, der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus sein Echo fand.

Mit aller Entschiedenheit trat er auf allen Parteitagen der SPD für den politischen Massenstreik als Mittel im Kampf gegen den Imperialismus ein. Der politische Streik der Arbeiter mußte das ganze Volk aufrütteln.

„Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unsrer gegenwärtigen und künftigen Politik“²,

rief er bereits 1904 den zaudernden Führern der Sozialdemokratie auf dem Parteitag in Bremen zu. Der politische Massenstreik war, wie er auf dem nächsten Parteitag in Jena 1905 ausführte, die schärfste Waffe, mit der die Arbeiterklasse den Kampf gegen das kapitalistische System revolutionär führen konnte,

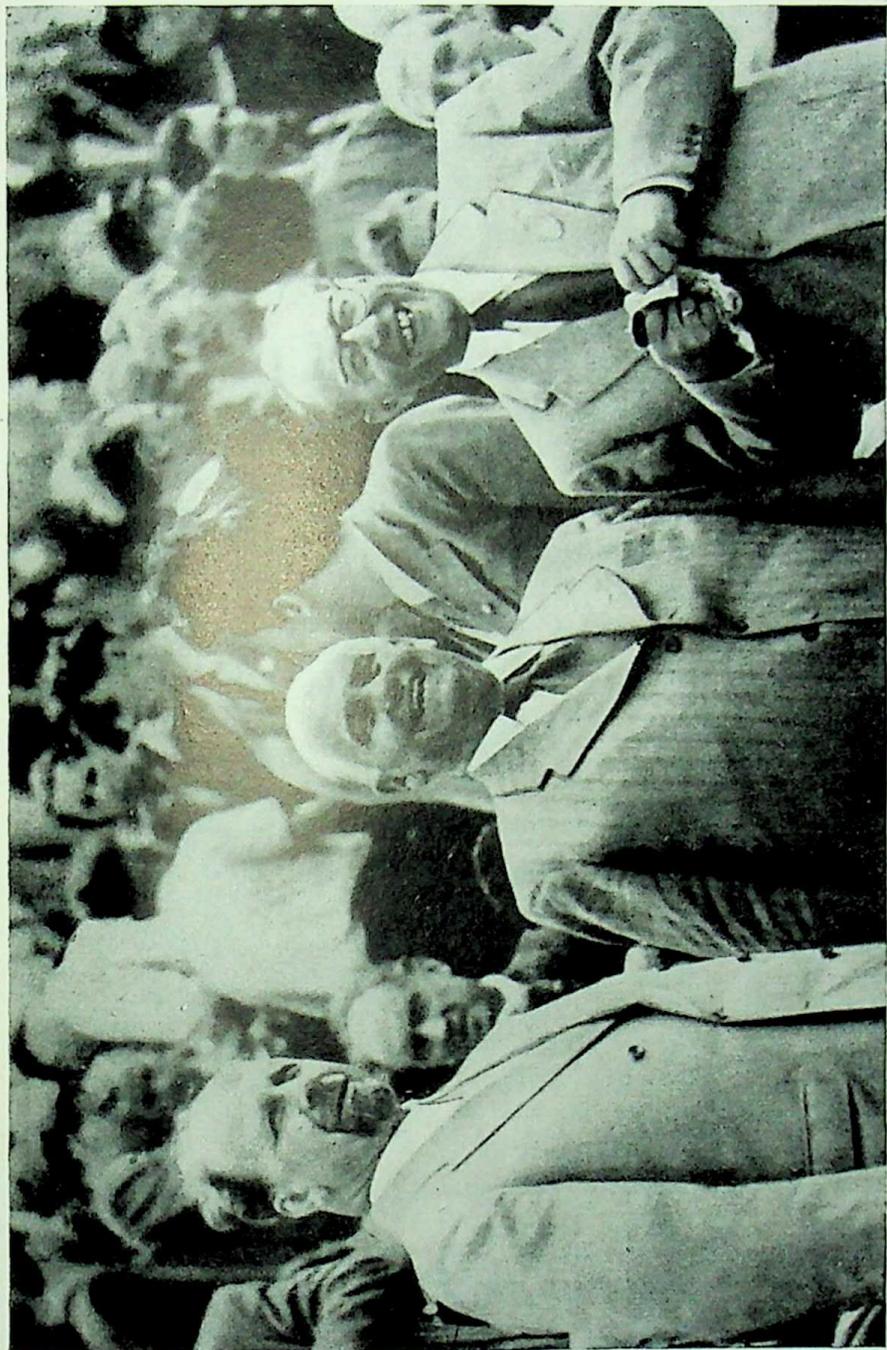
„das spezifisch proletarische Kampfmittel für alle Gebiete des Klassenkampfes, organisch hervorchwachsend aus der Stellung und Funktion des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“³.

Er konnte sich mit seiner Auffassung nicht durchsetzen. Der Revisionismus hatte die Hirne der meisten Führer der Sozial-

¹ Ebenda, S. 124.

² Ebenda, S. 82.

³ Ebenda, S. 90.



Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht auf der Ehrentribüne der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten



demokratie vernebelt. Sie träumten davon, in der Periode des schärfsten Klassenkampfes friedlich mit den Imperialisten zusammenarbeiten zu können, um sie schließlich zu „beerben“. Als aber der erste imperialistische Weltkrieg ausbrach, gingen sie offen in das Lager der deutschen Imperialisten über. Aus Opportunisten wurden Sozialchauvinisten. Das war ebenso folgerichtig wie die Tatsache, daß Karl Liebknecht zum Bannerträger des Kampfes gegen den Krieg wurde.

Karl Liebknecht, der Lehrer und Freund der Jugend

Der Jugend galt die stärkste Liebe Karl Liebknechts. Die Jugend für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, sie im Geiste der Völkerfreundschaft und des Friedens zu erziehen, die Liebe zu allem Großen und Edlen zu entzünden, war ihm eine Hauptaufgabe. Er erkannte, daß die Jugendbewegung ihre Wurzeln in den Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise hatte. Die industrielle Großproduktion stellte im Produktionsprozeß immer mehr Jugendliche als Lohnarbeiter neben die erwachsenen Arbeiter. Die überkommenen Familienverhältnisse wurden zerstört, der Jugendliche aus dem patriarchalischen Abhängigkeitsverhältnis herausgelöst und mitten in den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse gestellt. Karl Liebknecht sah mit tiefer Sorge und Anteilnahme das moralische und körperliche Elend der Arbeiterjugend, das Verbrechen der herrschenden Klasse, die in Schule und Militär die Jugend zum willenlosen Werkzeug ihrer imperialistischen Raubpolitik erzog und sie in raffiniertester Weise unmenschlich ausbeutete. Bürgerliche Jugendvereine und -verbände verschiedener Art führten die in der Schule begonnene chauvinistische und militaristische Erziehung fort und sollten die Jugend für den Militärdienst reif machen.

Gegen diese Erziehung der Jugend zum willigen Werkzeug imperialistischer Politik führte Karl Liebknecht einen unausgesetzten Kampf. Unter seiner Führung entstanden die ersten Anfänge einer selbständigen Organisation der Arbeiterjugend. In einer Epoche sich verschärfender sozialer Spannungen und

wachsender Kriegsgefahr mußte die Jugendbewegung zu einem wesentlichen Faktor im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse werden. Mit der ganzen Wucht seiner feurigen Sprache kämpfte Karl Liebknecht deshalb gegen die Zurückhaltung der Sozialdemokratie gegenüber der Jugendbewegung. Im Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen war die Gewinnung der Jugend für den Kampf gegen den Militarismus ein entscheidendes Kettenglied. Karl Liebknecht wußte:

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“¹

Wem die Jugend folgte, dem gehörte im Entscheidungskampf zwischen der Arbeiterklasse und den Imperialisten die Armee; denn die Armee, das waren die in den Soldatenrock gesteckten jugendlichen Arbeiter und Bauern. Unablässig bemühte er sich deshalb, die Jugendlichen zu bewußten Klassenkämpfern zu erziehen, um so den revolutionären Geist der Arbeiterklasse in die Armee zu tragen.

Karl Liebknecht war für die Jugend der Lehrer, Freund und Führer, der sie das Gute und Edle, Wissen und Kultur lieben und die Unterdrückung und den Krieg hassen lehrte. In einem Aufsatz in der Jugendzeitschrift „Die Junge Garde“ sagt er 1906 den Jugendlichen:

„Die Hungerpeitsche . . . ist ein Symbol der Freiheit im Vergleich mit dem Druck, mit der Sklaverei, unter die euch der blutigeiserne Militarismus zwingen wird . . . nicht nur zum Kampf gegen den äußeren Feind, nein, auch zum Kampf gegen den *inneren Feind* sollt ihr dienen! . . . Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester sollt ihr auf Kommando schießen! . . . Der innere Feind . . . das seid noch heute *ihr selbst!* Und das werdet nach eurer Entlassung wieder sein *ihr selbst!*“²

So wappnete er sie gegen den menschenverachtenden Militarismus, gegen den Versuch der Imperialisten „Menschen zu zähmen, wie man Tiere zähmt“.

Auf Anregung Liebknechts versammelten sich 1907 anlässlich des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart die Vertreter der Organisationen der Arbeiterjugend. Auf diesem Kon-

¹ Ebenda, S. 116.

² Ebenda, S. 91, 95 und 96.

groß wurde die „Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ gegründet. Karl Liebknecht gab der Konferenz des Verbandes jugendlicher Arbeiter in Mannheim (Ende September 1906) eine umfassende Darstellung vom Wesen, den Formen und Wirkungen des Militarismus und des internationalen Kampfes gegen den Militarismus. Diese Rede erschien später als Buch unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“. Er wurde wegen Veröffentlichung dieses Buches von der Reaktion zu 1^{1/2} Jahren Festung verurteilt. Die herrschende Klasse verfolgte die Organisationen der Arbeiterjugend mit Haß und Terror. Mit Hilfe des Vereinsgesetzes wurden die selbständigen Jugendorganisationen der Arbeiterklasse zerschlagen. Die revisionistischen Führer der Sozialdemokratie versuchten keine Gegenwehr. Bei ihrer Hoffnung auf ein „friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus“ war ihnen der revolutionäre Elan der Jugend ein Alpdruck; diesen kämpferischen Willen zu dämpfen, war ihnen jedes Mittel recht.

Heute versuchen in Westdeutschland die gleichen Kräfte, unterstützt von Verrätern in der Arbeiterbewegung, die Freie Deutsche Jugend mit allen Mitteln des Polizeiterrors zu unterdrücken. Diese Jugend ist nicht wehrlos. Als Erbin der besten Traditionen der deutschen Jugendbewegung verfügt sie über einen reichen Schatz an Kampferfahrungen. Die westdeutschen Machthaber werden diese Jugend nicht zum Schweigen bringen. Die Freie Deutsche Jugend wird durch Verfolgung und Terror nur stärker werden. Kein Imperialist, kein verräterischer Führer der Sozialdemokratie wird verhindern können, daß diese Jugend sich aus den Fesseln der geistigen und politischen Knechtschaft befreien und einen konsequenten unermüdlichen Kampf gegen die Feinde der Nation, für die Einheit Deutschlands und eine friedliche demokratische Entwicklung führen wird. Sie findet brüderliche Unterstützung in der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Hier kann sich die deutsche Jugend frei entfalten, hier sind ihr alle Quellen des Wissens bereits geöffnet. Ihr stehen alle Wege zur freien schöpferischen Entfaltung offen, sie schafft und lernt für ein neues demokratisches, friedliebendes Deutschland.

Der Kampf gegen den Krieg

Karl Liebknecht führte den Kampf um den Frieden im Geiste des proletarischen Internationalismus. Bereits 1904 trat er für den gemeinsamen Kampf der deutschen und russischen Sozialisten ein. Er war ein glühender Verteidiger der Revolution von 1905. Als die preußisch-deutsche Reaktion mit dem Plan umging, dem Zarismus bei der Niederschlagung der Revolution zu Hilfe zu kommen, rief er zum aktiven Widerstand auf. Auf dem Parteitag in Mannheim 1906 mahnte er:

„Sollte versucht werden, das deutsche Volk zum Scharfrichter an der russischen Freiheit zu machen, was gleich sein würde einer Selbstschändung und kulturellen Selbstvernichtung des deutschen Volkes, so würde einfach alles aufhören... Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen: die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk... niedergeworfen worden... Wir wären erbärmliche Kerle, und der Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion enden würde.“¹

Mit Rosa Luxemburg zusammen arbeitete er an der Auswertung der Lehren der Revolution von 1905. In großen Massenversammlungen führten sie den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und den Militarismus und propagierten den Massestreik. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1907 brachten Lenin und Rosa Luxemburg den berühmten Zusatzantrag zur Resolution gegen den Krieg ein, in dem es heißt:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“²

Als die deutschen Imperialisten den Weltkrieg entfesselt hatten, übte die Führung der deutschen Sozialdemokratie den

¹ Ebenda, S. 100/101.

² „Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart“, S. 66.

schändlichsten Verrat. Alle feierlichen Abkommen der internationalen Sozialistenkongresse gegen den Krieg wurden gebrochen. Die Opportunisten der anderen Länder taten das gleiche. Allein die Bolschewiki unter Führung Lenins und Stalins nahmen mutig den Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf.

Vom Opportunismus zersetzt, kapitulierten die deutschen sozialdemokratischen Parteiführer vor den Kriegsbrandstiftern, schlossen Burgfrieden mit den Imperialisten und stimmten im Reichstag für die Kriegskredite. Mit einer wohldurchdachten Demagogie wurde der Krieg als ein Verteidigungskrieg „gegen den Zarismus“ dargestellt. Die revisionistischen Führer erwiesen sich als gewissenlose Einpeitscher für einen brutalen Eroberungskrieg. Die Gruppe der Linken in der deutschen Sozialdemokratie unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aber blieb der Sache des Sozialismus treu. Jetzt rächte sich jedoch, daß sie nicht rechtzeitig die Trennung von den opportunistischen Kräften in der Sozialdemokratie durchgeführt hatte. Es trat offen zutage, daß die Einheit der Sozialdemokratie nur die trügerische Oberfläche einer zersetzten Partei war. Ihre „Einheit“ war die Vertuschung der Gegensätze, die die ideologische Auseinandersetzung verhinderte und die Partei so zur leichten Beute der imperialistischen Kräfte werden ließ.

Trotz seiner ablehnenden Stellungnahme fügte sich Karl Liebknecht im Reichstag der Fraktionsdisziplin und stimmte am 4. August 1914 mit für die Kriegskredite. Sehr schnell erkannte er, daß die formale Einheit der Sozialdemokratie mit ihrer Burgfriedenspolitik nur ein Mittel zur Kriegsverlängerung sein konnte, mußte es doch in der Welt den Eindruck hervorrufen, daß das gesamte deutsche Volk hinter der Aggressionspolitik seiner politischen Machthaber stand. Sein schneidendes „Nein“ gegen die zweite Kriegskreditvorlage, das Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 den Imperialisten entgegenschleuderte, ließ die klassenbewußten Arbeiter in allen Ländern aufhorchen. Er wagte als erster im Reichstag seine Stimme gegen den furchtbaren Massenmord zu erheben und den Charakter des Krieges zu entlarven. Sein unerschrockener Kampf für den Frieden stärkte die friedliebenden Kräfte in allen Ländern. Seine Politik wirkte

„international, indem sie in wechselseitiger Anfeuerung von Land zu Land den internationalen Klassenkampf gegen den Krieg förderte“¹.

Karl Liebknecht wurde als Landesverräter beschimpft und verfolgt. Die imperialistischen Machthaber versuchten ihn zum Schweigen zu bringen. Er wurde 1915 als Armierungssoldat mobilisiert und erst an die Westfront, dann an die Ostfront verschickt und nur zu den Tagungen des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses beurlaubt. Seinen Kampfeswillen konnte man damit nicht lähmen. Er hämmerte den Massen ein:

*„Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen.“*²

Karl Liebknecht und seine Freunde organisierten Versammlungen und Demonstrationen gegen den Krieg und trugen mit allen Mitteln legaler und illegaler Propaganda die Wahrheit über den imperialistischen Charakter des Krieges in die Massen und mobilisierten sie für die Beendigung des Krieges und den Sturz der Herrschaft der Imperialisten. Mit allen Mitteln des Terrors wurden sie verfolgt. Zuchthausstrafen, Gefängnis und Schutzhaft konnten den Kampfeswillen der kühnen Kämpfer nicht brechen. Karl Liebknechts Reden gingen in illegalen Broschüren und Flugblättern von Hand zu Hand. Aber diese Form der Propaganda reichte nicht aus. Die schwierigen Bedingungen der illegalen Verbreitung ließen die Wahrheit nicht tief genug in die Massen dringen. Zuwenig Menschen hörten den Ruf der Kämpfer für den Frieden.

Gegen das Verbot der Militärbehörde unternahm es Karl Liebknecht, durch sein persönliches Auftreten bei der Demonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz die Menschen wachzurütteln, sie öffentlich zum Kampf gegen den Krieg und die verbrecherische Regierung aufzurufen, ihren revolutionären Willen zu entfachen und so die Antikriegsbewegung zu einer breiten Massenbewegung zu machen. Er wurde verhaftet und

¹ „Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht“, herausgegeben von der KPD (Spartakusbund), Berlin 1919, S. 8.

² Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 301.

des Landesverrats angeklagt. Stolz bekannte er sich zu seinem Kampf, wurde zum mutigen Ankläger gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher und stellte seinen Verfolgern das mutige Bekenntnis des internationalen Sozialisten entgegen:

„Ich bin als Sozialist grundsätzlicher Gegner wie dieses Krieges so des bestehenden Militärsystems und habe den Kampf gegen den Militarismus stets als eine besonders bedeutsame Aufgabe, als eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse aller Länder nach Kräften unterstützt.“¹

Dann aber greift er an und reißt seinen Anklägern die Maske vom Gesicht:

„Wenn aber schon von Landesverrat gesprochen werden soll, so möge man sich gesagt sein lassen:

Der Landesverrat war seit je ein Privilegium der herrschenden Klassen, der Fürsten und Aristokraten, zu deren vornehmster Geschichtstradition er gehört. Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der Schwerindustrie, der Rüstungsfirmen, der Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker . . . Die wirklichen Landesverräter, das sind in Deutschland die Verantwortlichen und Unverantwortlichen der deutschen Regierung . . ., die mit der ungeheuren Blutschuld des Krieges belastet sind, die den Schweiß, die Not, den Jammer und das Gebein des Volkes in Gold und Macht münzen; jene Interessenten am Krieg selbst und jene Interessenten am imperialistischen Kriegsziel, deren Habsucht und Herrschgier sich hinter lärmendem patriotischem Eifer versteckt, das sind diejenigen, welche seit je . . . mehr Angst vor einem Erfolg der Freiheitsbewegung des eigenen Volks, als vor einer Niederlage hatten; . . . die entschlossen sind, das deutsche Volk auch jetzt wieder um seine Freiheitshoffnungen zu betrügen; deren Skrupellosigkeit nicht davor zurückschreckte, diesen Krieg dennoch als einen Freiheitskrieg zu registrieren, und die nur darum bisher nicht zur Rechenschaft gezogen sind, weil die Masse des Volks — heute noch das Opfer feiger Verwirrungskünste — bisher die Wahrheit nicht kennt.“²

Auf das Terrorurteil gegen Liebknecht antworteten die Arbeiter in Berlin und Braunschweig mit den ersten Massenstreiks im Kriege. Sie waren noch nicht wuchtig genug, um die Kriegsverbrecher daran zu hindern, das Terrorurteil von zweieinhalb Jah-

¹ Ebenda, S. 405.

² „Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht“, S. 13.

ren Zuchthaus am 23. August 1916 auf vier Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust zu verschärfen. Aber die Türen des Gerichts und auch die Kerkermauern von Luckau vermochten nicht die Stimme Karl Liebknechts zu ersticken.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution gab dem Kampf der deutschen Arbeiterschaft neue mächtige Impulse. Karl Liebknecht verfolgte aus dem Zuchthaus mit glühendem Herzen das Geschehen. Aus spärlichsten tendenziösen Nachrichten erkannte er seine Größe, erfaßte er, daß hier die Arbeiterklasse unter Führung der bolschewistischen Partei gesiegt hatte. In einem Brief vom 11. September 1917 an seine Frau drückt sich die ganze gespannte Anteilnahme des von allen verlässlichen Nachrichtenquellen abgeschnittenen ungebeugten Revolutionärs und sein Vertrauen in die Bruderpartei aus, wenn er gegen die Lügenmeldungen der deutschen Kriegspresse schreibt:

„Der ungeheure Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands vom Bodensatz bis zum Schaum, dessen Ausdruck nur die politische — die Verfassungs- und Verwaltungsrevolutionierung ist, steht nicht am Abschluß, sondern im Beginn, vor unbegrenzten Möglichkeiten — weit größer als die große französische Revolution...“¹

Der völlige Bankrott der deutschen Imperialisten, ihr militärischer und politischer Zusammenbruch, führte zur Kapitulation und brachte am 21. Oktober 1918 auch Karl Liebknecht die Freiheit. Sofort stellte sich der rastlose Kämpfer zusammen mit Rosa Luxemburg an die Spitze der revolutionären Bewegung. Ohne den Rückhalt einer straffen Organisation der Arbeiterklasse versuchten er und seine Kampfgefährten mit übermenschlicher Arbeitsenergie, die Arbeiterklasse zur Lösung ihrer historischen Aufgabe zu befähigen und die Grundlagen für ein neues, fortschrittliches Deutschland zu legen. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und ihre Kampfgefährten erkannten die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der jungen Sowjetrepublik. Ihr galt Karl Liebknechts erster Gruß. Zu ihr mußte die Deutsche Republik nach seiner Forderung ein enges, brüderliches Verhältnis herstellen.

¹ Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 460.

Ganz im Geiste des Kampfes, den Karl Liebknecht gegen das deutsche Rüstungs- und Monopolkapital, gegen den preußisch-deutschen Militarismus und ihre adlige Offizierskamarilla geführt hatte, forderten der Spartakusbund und die in den letzten Tagen des Jahres 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Enteignung der Junker und Fürsten, der Rüstungsherren und Monopolkapitalisten, die Beseitigung der alten, reaktionären wilhelminischen Bürokratie und den Aufbau einer neuen, aus den Werktätigen hervorgehenden Staatsverwaltung, die Sicherung der Demokratie durch die Beseitigung der reaktionären Polizei und Justiz und die Schaffung neuer Sicherheitsorgane der demokratischen Republik. Es kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Entwicklung der Novemberrevolution bis zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu zeigen. Es muß genügen, darauf hinzuweisen, daß der ungeheuerliche Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie und das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Massenpartei des Proletariats verhinderten, daß das deutsche Proletariat die große historische Möglichkeit voll ausnutzte, die ihm durch die Niederlage und den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus am Ende des ersten Weltkrieges gegeben war. Zwar wurde die wilhelminische Monarchie gestürzt, aber die Konzernherren und Rüstungsindustriellen, die Bankherren und Großgrundbesitzer wurden nicht enteignet, ihr Besitz nicht in die Hände des Volkes gegeben. Der Staatsapparat blieb im wesentlichen in den Händen der alten, reaktionären Kräfte. Mit Hilfe der rechten Führer Ebert, Scheidemann und Landsberg im Rat der Volksbeauftragten konnte sich die Konterrevolution sammeln und den offenen Kampf zur blutigen Niederwerfung der revolutionären Arbeiter und Soldaten aufnehmen. Genosse Stalin kennzeichnete diese Entwicklung der Novemberrevolution in der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, mit der knappen und treffenden Formulierung:

„Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki,

und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ.“¹

Das Leben Karl Liebknechts war ein einziger hingebungsvoller Kampf für ein Deutschland, das in Frieden mit den Völkern lebt und den Weg einer friedlichen Entwicklung beschreitet. Er haßte in tiefster Seele den Militarismus als Lebensäußerung des Kapitalismus, als das schärfste Mittel der Unterdrückung des werktätigen Volkes. Er liebte sein Volk auf das tiefste und arbeitete unermüdlich für dessen Frieden und Fortschritt. Er war der glühende Freund der Jugend. Sein Name ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung einer echten selbständigen Jugendbewegung, die sich im Bewußtsein ihrer politischen Verantwortung einreihet in den Kampf für den Frieden, gegen Krieg und Militarismus.

Heute ist der amerikanische Imperialismus der aggressivste Kriegstreiber der Welt. Er betreibt die Aufrüstung in beispiellosem Ausmaße. Er schürt die Kriegshetze und bedient sich dazu aller reaktionären und militaristischen Kräfte Europas. Zu seinen Hauptverbündeten aber hat er sich in Europa jene Kräfte gewählt, gegen die Karl Liebknecht seinen schonungslosen und entlarvenden Kampf geführt hat. Dieselben Rüstungsherren, die er des Landesverrats und der Kriegsvorbereitung, der Korruption und der Bestechung überführt hat, die Krupp und Konsorten sind es, die durch den amerikanischen und englischen Imperialismus geschützt und schließlich in ihre wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen voll wieder eingesetzt wurden. Sie sind heute die Hauptverbündeten der amerikanischen Kriegstreiber in Europa. Lernen wir von Karl Liebknecht, wie wir um unseres deutschen Volkes willen den Kampf gegen sie zu führen haben. Nur ihre Entmachtung, die Enteignung aller Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie und ihre Übergabe in Volkseigentum kann eine Garantie dafür schaffen, daß in ganz Deutschland

¹ „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang“, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 288/289.

endlich eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern verwirklicht werden kann.

Die amerikanischen und deutschen Imperialisten finden in den rechten SPD-Führern, wie Schumacher, Ollenhauer, Reuter, Neumann und Konsorten, willfährige Söldlinge. Blind von Haß gegen eine fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft, scheuen sie nicht davor zurück, den Verrat an der Arbeiterklasse schon im Stadium der Vorbereitung eines neuen Krieges zu vollziehen. Sie überschlagen sich in der Verleumdung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder. Sie sind es, die am lautesten nach einer imperialistischen Aggression gegen das Lager des Sozialismus rufen. Sie haben alle historischen Erfahrungen in den Wind geschlagen. Wenige Jahre nach dem größten Verbrechen des barbarischen Hitlerkrieges fordern Menschen, die sich Sozialdemokraten nennen, das deutsche Volk auf, denselben Katastrophenweg noch einmal zu gehen. Vor 45 Jahren bereits warnte Karl Liebknecht die Delegierten des Mannheimer Parteitages vor diesem Weg. Die Führer der Sozialdemokratie schlugen diese ernste Warnung in den Wind und wurden zu Mitschuldigen am ersten Weltkrieg. Der Verzicht der rechten SPD-Führer auf den Kampf gegen den Faschismus und ihre Ablehnung der von der KPD vorgeschlagenen Aktionseinheit gab den deutschen Imperialisten die Möglichkeit, den zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Die rechten sozialdemokratischen Führer von heute haben selbst aus diesen furchtbaren historischen Erfahrungen nichts gelernt, sie verrichten ein drittes Mal Judasdienste.

Das deutsche Volk aber darf das Beispiel Liebknechts und seiner Kampfgefährten nicht vergessen. In der Deutschen Demokratischen Republik haben wir sein Vermächtnis erfüllt, als wir die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse geschaffen haben und damit die politische Grundlage für ein friedliches, demokratisches Deutschland legten, das in brüderlichem Bündnis mit der Sowjetunion und allen friedliebenden, fortschrittlichen Menschen einen beharrlichen Kampf für den Frieden gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre Helfershelfer führt.

In Westdeutschland aber wird von deutschen und amerikanischen Imperialisten offen die Aggression gegen die Länder des Sozialismus vorbereitet. Mit fieberhafter Eile wird an der Auf-

stellung einer westdeutschen Söldnertruppe gearbeitet. Das Gebot der Stunde ist dort die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Nur die einzige Arbeiterklasse kann den Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg erfolgreich führen. Alle Opfer in diesem Kampf werden gering sein gegen die Schrecken eines neuen Krieges, der mit einer Vernichtung der Existenz des deutschen Volkes enden muß. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft trägt heute eine historische Verantwortung. Sie kann durch ihre Entscheidung gegen Remilitarisierung und Krieg die Politik der imperialistischen Kräfte und ihrer Helfershelfer zunichte machen.

Die KPD hat die hohe Verpflichtung, zäh und unermüdlich um das Verständnis der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter zu ringen und sie für den gemeinsamen Kampf in der Aktionseinheit zu gewinnen. Das Vermächtnis Karl Liebknechts, des Begründers der KPD, verpflichtet sie, den Kampf gegen die Remilitarisierung mit aller Energie und Leidenschaft zu führen. Der Terror der Adenauer-Regierung und die Unterdrückung durch die amerikanisch-englischen Kriegstreiber darf niemand von der Erfüllung dieser Aufgabe abhalten. Bei der Begründung der Notwendigkeit einer besonderen antimilitaristischen Propaganda sagte Karl Liebknecht im Jahre 1907:

„Schon der rücksichtslose und systematisierte Kampf an und für sich gegen den Militarismus führt zur revolutionären Befruchtung und Kräftigung der Partei, ist ein Jungborn revolutionären Geistes.“¹

Es steht außer Zweifel, daß die Partei, die heute in Westdeutschland den Kampf gegen die Remilitarisierung mit aller Konsequenz führt, die zäh und beharrlich die Massen des Volkes über die Größe der Gefahr aufklärt, die es versteht, im Geiste Karl Liebknechts die gesamte werktätige Bevölkerung für den Frieden zu mobilisieren, daß diese Partei auch die Partei der Zukunft ist.

In diesem Kampf steht die westdeutsche Arbeiterklasse nicht allein. Getreu dem Vermächtnis Karl Liebknechts, kämpft die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für die Entwicklung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, der

¹ Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 112.

Basis im Kampf um die Einheit und Freiheit unseres Volkes, für einen gerechten Frieden, der das deutsche Volk einreihet in die Gemeinschaft der freien, demokratischen, friedliebenden Völker.

Im Geiste von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, unter dem Banner von Marx, Engels, Lenin, Stalin wird die deutsche Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten den Kampf um die Einheit Deutschlands und seine friedliche, demokratische Entwicklung zum Siege führen.

„Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 14, 1951.

Nationalpreis — Dank und Anerkennung des deutschen Volkes

*Rede anlässlich der Verleihung der Nationalpreise
7. Oktober 1951*

Sehr verehrte Festversammlung!

Meine Damen und Herren!

Liebe Freunde!

Am höchsten Feiertag unserer Deutschen Demokratischen Republik, am Jahrestag ihrer Gründung, erfolgt die Ehrung der würdigsten Menschen unseres Volkes durch die Verleihung des Deutschen Nationalpreises. Unter allen Pflichten, die mir als dem Präsidenten der Republik auferlegt sind, empfinde ich diese Aufgabe als eine der schönsten und ehrenvollsten. Die Verleihung des Deutschen Nationalpreises am Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik ist kennzeichnend für die hohe Wertschätzung, die in unserer demokratischen Ordnung der Wissenschaft und Technik, der Kunst und Literatur entgegengebracht wird. Sie ist symbolisch dafür, daß in unserer friedliebenden demokratischen Republik alle schaffenden Menschen die gebührende Anerkennung ihrer Leistungen für Frieden und Wohlstand finden.

Die Förderung der Wissenschaft und Kunst begann im Gebiete unserer Republik bereits im Jahre 1945; sie wurde ohne Schwankungen und in steigendem Maße fortgeführt. Es war nur folgerichtig, daß der von der Deutschen Wirtschaftskommission begründete Deutsche Nationalpreis für Wissenschaft und Technik, Kunst und Literatur von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übernommen und von der Deutschen Volkskammer als höchste Auszeichnung gesetzlich festgelegt wurde. Mit dem Nationalpreis werden die deutschen Frauen und Männer ausgezeichnet, die für den friedlichen Aufbau, für die gesellschaftliche Entwicklung und den wissenschaftlichen Fortschritt Großes und Hervorragendes leisten.

Inhalt und Bedeutung der Leistungen auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet, deren Schöpfer auszuzeichnen ich heute die Ehre habe, sind kennzeichnend für die friedliche Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. An der Spitze der Frauen und Männer, die heute den Nationalpreis für Werke der Kunst und Literatur erhalten, steht unser Freund *Martin Andersen Nexö*. Dieser große Mensch und Dichter hat sein großes Lebenswerk der Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Krieg gewidmet. Bereits seit Jahrzehnten hat er durch seine Werke und sein Wirken den Friedenskampf des deutschen Volkes in der nachdrücklichsten Weise unterstützt. Der große Friedenskämpfer *Martin Andersen Nexö* hat jetzt seinen ständigen Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik genommen. Wir sehen darin eine ehrenvolle Anerkennung des Friedenswillens unseres Volkes und der Friedenspolitik unserer Republik. Es ist mir eine besondere Freude, das Lebenswerk dieses neuen, hervorragenden Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik mit der Verleihung des Deutschen Nationalpreises würdigen zu können.

Nach *Martin Andersen Nexö* erhalten den Nationalpreis I. Klasse für Kunst und Literatur *Anna Seghers* und *Bertolt Brecht*. Auch ihre Werke dienen der Verteidigung des Friedens und dem aktiven Kampf gegen Reaktion und Krieg. Den Schriftstellern und Dichtern, Musikern, Regisseuren und Schauspielern, die heute durch die Verleihung des Nationalpreises ausgezeichnet werden, ist allen gemeinsam, daß ihr Schaffen der Erhaltung und Entfaltung der einheitlichen deutschen Kultur und dem Frieden dient. Indem unsere Regierung diese Schriftsteller, Musiker und Künstler zur Verleihung des Nationalpreises vorschlug, legte sie ein neues, überzeugendes Bekenntnis zur Einheit unseres Vaterlandes, zum Kampf gegen den Krieg und für die Sicherung des Friedens ab. In diesem Sinne ist die Verleihung des Nationalpreises nicht nur die höchste Anerkennung der künstlerischen Leistungen, sondern zugleich auch eine hohe Verpflichtung, am Existenzkampf unseres Volkes für seine nationale Einheit und für die Sicherung seiner friedlichen Zukunft teilzunehmen.

Entsprechend dem Gesetz und der Bedeutung unserer Frie-